

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1950**

207 (20.9.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1.90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.20, im Verlag abgeholt 1.90 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Mittwoch, den 20. September 1950

9tr. 207

Die Westmächte übernehmen den Schutz der Bundesrepublik

Kriegszustand soll beendet werden — Aufstellung motorisierter Polizei genehmigt — Bonn erhält Außenministerium

New York (UP). Die Außenminister der drei westlichen Großmächte haben jetzt das Abschluß-Kommuniqué ihrer New Yorker Konferenz über die Deutschland betreffenden Fragen veröffentlicht. Sie traten gleichzeitig mit den Außenministern der drei Beneluxstaaten zusammen, um diese über die getroffenen Entscheidungen zu informieren. Die wesentlichen Abschnitte des Dokuments lauten:

„Die Außenminister und ihre Regierungen teilen den Wunsch des deutschen Volkes nach einer Vereinigung Deutschlands auf einer Basis, die die Grundrechte respektiert. Dieses Ziel wird sich aber unmöglich erreichen lassen, solange die Sowjetunion Vorschläge für demokratische Wahlen in ganz Deutschland nicht annimmt und statt dessen kontrollierte Wahlen abhalten läßt wie die am 15. Oktober. Bis zur Vereinigung Deutschlands betrachten die drei Regierungen die Regierung der Bundesrepublik als die einzige frei und gesetzlich konstituierte deutsche Regierung. Diese hat somit das Recht, in internationalen Fragen als Vertreter des deutschen Volkes für Deutschland zu sprechen.“

Die Außenminister bekräftigen erneut ihren schon vielfach bewiesenen Wunsch, die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker einzugliedern. Die Zeit scheint nunmehr gekommen, einen weiteren Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel zu unternehmen. Die drei Regierungen haben sich entschlossen, die rechtlichen Vorbereitungen zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu treffen. Dadurch werden nicht die Rechte und der Status der drei Mächte in Deutschland berührt, die auf anderen Grundlagen beruhen. Die drei Regierungen hoffen, daß sich auch andere Mächte entsprechend ihren verfassungsrechtlichen Möglichkeiten dem Vorgehen der Westmächte anschließen werden.

Die Frage der Sicherheit

Die drei Minister haben auch dem Problem der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik ernste Beachtung geschenkt. Sie erkennen, daß in der Sowjetzone echte militärische Einheiten aufgestellt worden sind. Im Zusammenhang mit kürzlichen Ereignissen ist dadurch eine ernste Lage geschaffen worden. Nach Ansicht der alliierten Regierungen haben ihre Streitkräfte in Deutschland nicht nur Besatzungsfragen wahrzunehmen. Sie haben auch die wichtige Rolle zu übernehmen, als Sicherheitstruppen zum Schutz und zur Verteidigung der freien Welt, einschließlich der deutschen Bundesrepublik und der Westsektoren Berlins zu dienen. Damit diesem Schutz mehr Wirkung verliehen wird, werden die alliierten Verbände in Deutschland verstärkt werden. Sie werden jeden Angriff auf die Bundesrepublik oder auf Berlin als einen Angriff auf sich selbst betrachten. Dabei ist es gleichgültig, von welcher Seite aus dieser Angriff erfolgt.

Die Minister sind sich vollkommen einig, daß die Wiederaufstellung einer nationalen deutschen Armee den Interessen Deutschlands und Europas nicht sonderlich dienen würde. Sie glauben auch, daß diese Ansicht von der großen Mehrheit des deutschen Volkes geteilt wird. Die Außenminister haben jedoch die in letzter Zeit in Deutschland und außerhalb dieses Landes geäußerten Ansichten zur Kenntnis genommen, wonach sich Deutschland an einer internationalen Streitmacht zur Verteidigung der Freiheit Europas beteiligen sollte. Dieses Problem wird weiter behandelt und untersucht. Bezüglich der inneren Sicherheit halten es die Außenminister für notwendig, die Deutschen in die Lage zu versetzen, möglichen Untergrundbewegungen wirkungsvoll entgegenzutreten. Deshalb wird die Aufstellung motorisierter Polizeikräfte in den westdeutschen Ländern genehmigt. Die Bundesregierung wird über diese Verbände Verfügungsrecht bekommen.

Gelockerte Kontrollen

Die Besatzungsmächte sind bereit, das Besatzungsstatut abzuändern. Damit soll die Autorität der deutschen Bundesregierung ausgedehnt werden. Auf außenpolitischem Gebiet wird die Bundesregierung ermächtigt werden, ein Außenministerium zu errichten. In allen geeigneten Fällen kann sie zu anderen Ländern diplomatische Beziehungen aufnehmen. Auf anderen Gebieten — besonders in wirtschaftlicher Hinsicht — werden die bestehenden Kontrollen durch die Besatzungsmächte gelockert. Auch das System der Überprüfung der deutschen Gesetz-

gebung wird abgeändert. Von der Bundesregierung werden jedoch bestimmte Zusicherungen erwartet.

Dazu werden die Hohen Kommissare mit der Bundesregierung unverzüglich Verhandlungen aufnehmen. Ferner soll das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien überprüft werden. Die Hohen Kommissare ist ermächtigt, sofort alle Bestimmungen über Größe, Geschwindigkeit und Zahl der für den Export hergestellten Handelsschiffe aufzuheben. Die Erzeugung von Stahl soll gesteigert werden können, soweit das für die Verteidigungsbedürfnisse des Westens erforderlich ist.

Dank an Berlin

Die drei Regierungen sprechen der Bevölkerung Berlins für ihre unveränderte Standhaftigkeit im tapferen Kampf der Stadt um ihre Freiheit ihre volle Anerkennung aus. Die Westmächte werden auch weiterhin jedem Angriff gegen die Einwohner der Stadt entgegenzutreten. Sie werden ihre Truppen in Berlin verstärken. Berlin hatte für die Verteidigung seiner Freiheit einen hohen Preis zu zahlen. Deshalb werden sich die drei Mächte auch weiterhin bemühen, die wirtschaftliche Lage der Stadt Berlin zu erleichtern. Die Kontrollen der Alliierten innerhalb der Stadt sollen gelockert werden.

Diese Beschlüsse kennzeichnen einen wichtigen Schritt in der Normalisierung der Beziehungen und sollen zur Schaffung einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses beitragen. Sie sind ein wesentlicher Schritt vorwärts zur fortschreitenden Wiederaufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft Westeuropas. Sie werden die westlichen Nationen in ihren Bemühungen stärken, eine feste Grundlage für den zukünftigen Frieden Europas und der Welt zu schaffen.“

Das Deutschland-Dokument wurde als Anlage im Rahmen eines Gesamt-Kommuniqués über die Außenminister-Konferenz gegeben, das im wesentlichen in folgender Feststellung gipfelt:

„Die Hauptsorge der Minister galt während der gegenwärtigen Tagung den dringenden Maßnahmen für die Sicherheit der freien Welt in Europa und Asien, damit der Frieden erhalten bleibt. Die Minister sind sich darin einig, daß sie dieser Frage auch in Zukunft ihre Hauptaufmerksamkeit widmen werden. Sie werden zusammen mit den Mitgliedern des Nordatlantik-Pakts und anderen befreundeten Regierungen darauf achten, daß die erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels beschlossen und mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.“

Bonn setzt sich zur Wehr

Politische Offensive der Bundesregierung gegen „kommunistische Infiltration und Wählerarbeit“

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer verkündete die Entschlossenheit der Regierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln jeder „kommunistischen Infiltration und Wählerarbeit“ wirksam zu begegnen. Er gab gleichzeitig dem Beschluß des Bundeskabinetts bekannt, gegen alle Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, die einer der zehn kommunistischen Organisationen oder einer der drei neofaschistischen Verbände angehören, Maßnahmen zu ergreifen. Der Kabinettsbescheid sieht die Möglichkeit einer Entfernung aus dem Staatsdienst für derartige Personen vor.

Folgende 13 Organisationen wurden von Bundesinnenminister Heinemann genannt, deren Unterstützung jedem Bundesbediensteten seine Stellung kosten kann:

1. Die Kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen,
2. die sozialdemokratische Aktion,
3. die Freie Deutsche Jugend (FDJ),
4. die Vereinigung der Sowjet-Freunde,
5. die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion,
6. der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands,
7. der gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft,
8. das Komitee der Kämpfer für den Frieden,
9. das Komitee der jungen Friedenskämpfer,
10. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVVN),
11. die Sozialistische Reichspartei,
12. die sogenannte „Schwarze Front“ (Otto-Strasser-Bewegung),
13. die „Nationale Front“ (Dachorganisation).

Der Beschluß des Kabinetts beruft sich auf einen entsprechenden Artikel des Beamtengesetzes. Rund 700 000 Personen stehen im Dienst des Bundes. Sollen sich die Länderregierungen den Beschluß des Bundeskabinetts zu eigen machen, was Innenminister Heinemann annimmt, so würden die gleichen Maßnahmen auch gegen kommunistische oder rechtseradikale Gefolgsleute in den Ländern und Gemeinden ergriffen. Dort sind rund 1,5 Millionen Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt.

Der Beschluß des Kabinetts beruft sich auf einen entsprechenden Artikel des Beamtengesetzes. Rund 700 000 Personen stehen im Dienst des Bundes. Sollen sich die Länderregierungen den Beschluß des Bundeskabinetts zu eigen machen, was Innenminister Heinemann annimmt, so würden die gleichen Maßnahmen auch gegen kommunistische oder rechtseradikale Gefolgsleute in den Ländern und Gemeinden ergriffen. Dort sind rund 1,5 Millionen Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt.

Knapper Laboursieg im Unterhaus

Konservativer Mißbilligungsantrag mit 306 gegen 300 Stimmen abgelehnt
Hitziges Rededuell Churchill—Morrison

London (UP). Das britische Unterhaus lehnte mit 306 gegen 300 Stimmen den Mißbilligungsantrag ab, der von den Konservativen gegen die geplante Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie eingebracht worden war.

Konservative und Sozialisten hatten ihr ganzes Aufgebot an Abgeordneten zusammengetrommelt — selbst Kranke aus den Hospitälern.

Das Ergebnis der Abstimmung wurde von den Regierungsbänken mit langen Befallungskundgebungen stürmisch begrüßt.

Mit der Ablehnung des konservativen Antrages wird diese wichtigste britische Grundindustrie kurz nach Beginn des nächsten Jahres in den Besitz des Staates übergehen.

Bei der Eröffnung der entscheidenden Sitzung warf Churchill dem britischen Ministerpräsidenten Attlee vor, der nationalen Einheit durch die geplante Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie „einen tödlichen Schlag“ versetzt zu haben. Die Konservativen, fuhr der Oppositionsführer fort, seien bereit, in einer Zeit der Weltkrise, die Regierungspläne für die nationale Verteidigung zu unterstützen. Auf der anderen Seite könnten sie jedoch die „fundamentale Beinträchtigung“ der größten britischen Grundindustrie zur Befriedigung sozialistischer „Doktrinen“ nicht dulden. Die Regierung habe kein Recht, einen so widerspruchsvollen Akt mit nur einer geringen parlamentarischen Mehrheit in Angriff zu nehmen. „Die Verantwortlichkeit für die Folgen fällt auf sie, und nur auf sie allein.“

Der stellvertretende britische Ministerpräsident Morrison drohte im Anschluß an die Rede Churchills mit dem Rücktritt der Labour-Regierung, falls sie bei der Abstimmung über den konservativen Mißbilligungsantrag eine Niederlage erleiden sollte. Er betonte, daß das Gesetz über die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie vom Parlament gebilligt worden sei, während es die Konservativen jetzt durch eine Veto außer Kraft zu setzen versuchten. „Die Herren auf der anderen Seite sind die neuen Molotows“, fügte der Redner mit erhobener Stimme hinzu. Auf Churchill deutend, erklärte Morrison: „Der größte Experte in der Vernichtung der nationalen Einheit ist der Führer der Opposition. Keiner hat mehr Freude daran, die nationale Einheit zu stören, als Mr. Churchill. Wäre das Inkrafttreten des Verstaatlichungsgesetzes nicht im Oberhaus hinausgezogen worden, könnte die Stahlindustrie schon jetzt unter öffentlicher Aufsicht reibungslos arbeiten.“

Wenn die Konservativen, erklärte der Redner weiter, eine Koalitionsregierung wünschten, so laute die Antwort kurz und einfach: „Nein, wir wollen nicht.“

Vor dem Gebäude des Unterhauses, in dem sich eine der kritischsten Debatten in der Nachkriegsgeschichte des britischen Parlaments abspielte, drängten sich während der Sitzung Tausende von Menschen.

Commonwealth-Konferenz in London. Der britische Ministerpräsident Attlee empfing die Minister aus den Ländern des britischen Commonwealth, die nach London gekommen sind, um an einer Konferenz über Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten teilzunehmen.

Mit Ruhe und Geduld

Das vom deutschen Volk und der gesamten westlichen Welt seit Tagen mit Spannung erwartete Deutschland-Kommuniqué der „großen“ Außenminister liegt jetzt im Wortlaut vor. Es soll, wie es darin einleitend heißt, einen „neuen Abschnitt in den Beziehungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs zur deutschen Bundesrepublik“ einleiten.

Ein erster Blick auf dieses inhaltsreiche Dokument läßt hoffen, daß hier — zumindest an den Schattierungen der Vergangenheit gemessen — tatsächlich ein „wesentlicher Schritt nach vorwärts“ getan und ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur „Schaffung einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens“ getan wurde. Die zukunftsweisende Tragweite der New Yorker Beschlüsse, mögen sie im einen oder anderen auch manche berechtigte Erwartung nicht erfüllt haben, liegt, auf eine knappe Formel gebracht, in den drei grundsätzlichen Zusicherungen: Baldige Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland, Garantie der Westmächte zum Schutz der Bundesrepublik und Revision des Besatzungsstatuts.

Noch lassen sich die praktischen Auswirkungen dieser bedeutsamen Verlautbarung in all ihren Wirkungen und Folgen nicht entfernt überblicken, noch sind sich die Außenminister gerade über eines der brennendsten Probleme, die Frage einer eventuellen deutschen Beteiligung an der Verteidigung Europas, keineswegs endgültig einig. Man wird daher gut daran tun, zunächst auf ein abschließendes Urteil zu verzichten und erst den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten.

Bei aller Anerkennung des „sehr großen Fortschritts“, erklärte auch Bundeskanzler Dr. Adenauer, der in Bonn vor mehr als 300 deutschen und ausländischen Journalisten seine ersten Eindrücke von dem New Yorker Ergebnis umriß, daß „alles noch im Fluß“ sei und die Entwicklung, die Zeit und Geduld brauche, erst abgeschlossen sein müsse, ehe man viel dazu sagen könne. „Das Dokument muß mit großer Sorgfalt gelesen werden. Es kommt auf jedes Wort und den Ton an, in dem die einzelnen Abschnitte niedergeschrieben sind.“ Der Kanzler betonte, daß das Memorandum noch durch Besprechungen mit den Hohen Kommissaren ergänzt werde und verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Konferenz der Atlantikpakt-Minister, die erst in vierzehn Tagen wieder zusammentreten. Die schwierige Materie, so meinte er weiter, könne überdies nicht in einem einzigen Dokument befriedigend erledigt werden. Die Öffentlichkeit solle Verständnis dafür haben, wenn er in den nächsten Tagen, bis die notwendigen Erläuterungen vorlägen, mit allen Äußerungen zu diesen Beschlüssen vorsichtig und zurückhaltend sein werde. „Ich habe den Wunsch“, so schloß Adenauer, „daß die Deutschen besonders jetzt Ruhe und Geduld zeigen mögen.“

Auch der Chef der sozialdemokratischen Opposition, Dr. Schumacher, hält es für verfrüht, sich vor einem genauen Studium der Dokumente und dem Eintreffen weiterer Informationen eingehend zu den New Yorker Ergebnissen zu äußern. Da die Sozialdemokratie „keine großen Hoffnungen“ gehegt habe, komme ihr die von den Außenministern geführte „Politik der kleinen Mittel“ nicht überraschend. Wenn man, so betonte der SPD-Führer abschließend, schon einen Fortschritt anerkennen wolle, dann nur „in Fragen zweiter Klasse“.

Leitende Beamte aus dem Stabe des amerikanischen Hohen Kommissars in Frankfurt zeigten sich über die rasche Reaktion des Bundeskanzlers auf den Inhalt des Kommuniqués sehr erfreut und meinten, Dr. Adenauer habe die Bedeutung dieses Dokumentes durchaus zu würdigen verstanden. Seine ganze Tragweite dürfte jedoch erst in den kommenden Wochen und Monaten von der Regierung und der deutschen Bevölkerung voll erkannt werden. So verständlich der deutsche Wunsch nach voller Souveränität auch sein möge, so setze die Anwesenheit von Truppen auf deutschem Boden den inneren und äußeren Befugnissen der Bonner Regierung doch noch immer gewisse Grenzen. Es werde die ganze Kraft der

Bundesregierung und der Hohen Kommissare in Anspruch nehmen, die erzielten Resultate und Beschlüsse nunmehr in die Tat umzusetzen und den Weg für eine weitere Annäherung in vertrauensvoller Zusammenarbeit zu ebnen.

Gleichzeitig wird bekannt, daß der amerikanische Hobe Kommissar McCloy voraussichtlich am Mittwoch abend in Frankfurt eintreffen und noch in dieser Woche mit dem Bundeskanzler eine Zusammenkunft haben wird, auf der weitere Erläuterungen gegeben werden sollen.

Man wird also, um es noch einmal zu betonen, zunächst in Ruhe abwarten müssen, was weiter geschieht und zu welchen Ergebnissen die vorgesehenen weiteren Besprechungen zwischen Bundesregierung und Hoher Kommission, vor allem in der heiklen Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags, führen werden. ZSH

Papst Pius wiederhergestellt

Von einer leichten Krankheit genesen
Castelgandolfo (UP). Die Ärzte von Papst Pius teilten mit, daß er wieder vollkommen hergestellt sei. Der Heilige Vater hatte sich vor kurzem eine geringfügige Hals-erkrankung zugezogen, so daß er seine Stimme schonen mußte. Aus diesem Grunde mußte er auf seine Ansprachen an die Pilger in den letzten Tagen verzichten.

München stimmt über Europa ab. Die Bevölkerung der Stadt München soll auf Beschluß des Stadtrates über eine „Europaunion“ abstimmen. Die Frage, die den Wahlberechtigten bei der kommenden Landtagswahl vorgelegt wird, lautet: „Wünschen Sie einen Zusammenschluß der europäischen Staaten zu einem Bund?“

Um Asyl gebeten. Der Züricher tschechoslowakische Vizekonsul Tucek erklärte, daß er die Beziehungen mit der Prager Regierung abgebrochen und die schweizerische Regierung um Asyl ersucht habe.

Ausschluß Nationalchinas abgelehnt

UN-Vollversammlung sprach sich mit 33 gegen 16 Stimmen gegen Antrag Indiens aus

Flushing (UP). Die Vollversammlung der UN lehnte auf der ersten Sitzung der neuen Session ab, die nationalchinesische Delegation auszuschließen, um der Delegation der chinesischen Kommunisten Platz zu machen. Die Abstimmung ergab 33 gegen 16 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

Der philippinische Außenminister Romulo hatte bei Eröffnung der 5. Tagung der UN-Vollversammlung als scheidender Präsident gefordert, daß „die UN ihre Autorität auf die solide Grundlage der moralischen Macht der Weltmeinung gründen, die von einer entsprechenden militärischen Macht gestützt wird“.

Romulo richtete einen Appell an die Delegierten der 59 Staaten, eine Streitmacht der UN ins Leben zu rufen. „Wir haben auf Grund der Charta der UN die Möglichkeit, sie durch einen ordnungsmäßigen Beschluß zu schaffen“. Er befürwortete ferner, daß die UN-Vollversammlung sofort einberufen werde, wenn der Sicherheitsrat durch ein Veto verhindert sein sollte, eine Aktion gegen einen Angreifer zu unternehmen.

Der Rede des Präsidenten folgte, wie üblich, eine Minute des Gebets und der Meditation. Darauf beantragte der indische Delegierte Sir Rau, das kommunistische China in die UN zuzulassen. Er fragte Romulo, ob dieser bereit sei, sofort darüber abstimmen zu lassen. Die Frage müsse sofort entschieden werden, „da die Atmosphäre ruhig und die Temperatur noch tief ist“. Romulo überließ es der Versammlung, die Frage zu entscheiden.

Als nächster Redner erklärte der sowjetische Außenminister Wjatschinski, daß über die indische Resolution sofort abgestimmt werden müsse. Er unterbreitete der Versammlung eine Entschließung über den Ausschluß Nationalchinas und forderte, daß auch über diese Resolution sofort abgestimmt werde.

Der jugoslawische Außenminister Kardelj sprach sich für den Ausschluß der Vertreter Nationalchinas und die Zulassung der kommunistischen Regierung Chinas aus. Unter großem Applaus der Vollversammlung betrat dann der nationalchinesische Delegierte Tsiang die Rednertribüne. Er erklärte, daß er die einzige rechtmäßige Regierung Chinas vertrete, und wies darauf hin, daß die Feindregierung unter dem Einfluß Moskaus stehe und die Aggressoren in Korea unterstütze.

Der amerikanische Außenminister Acheson forderte die Vollversammlung auf, den indischen Vorschlag abzulehnen. Von den 59 Mitgliedstaaten der UN hätten 43 diese Regierung noch heute anerkannt, während nur 16 das Regime anerkannten, das auf Wunsch der Antragsteller China vertreten sollte. Der kanadische Delegierte schlug vor, einen Ausschuss aus sieben Delegierten zu wählen, der der Vollversammlung nach Prüfung der Unterlagen einen Bericht über die Vertretung Chinas erstatten könne. Bis dahin sollten keine Veränderungen eintreten. Der polnische Delegierte Wierblowski protestierte gegen die Anwesenheit Nationalchinas und verlangte dessen sofortigen Ausschluß.

Wjatschinski erhob sich erneut und forderte Acheson zu einer Debatte über das chinesische Problem auf, indem er sagte, die Tatsache, daß die Kominant-Regierung das chinesische Volk nicht mehr vertritt, sei „durch einen Mann namens Acheson beseitigt worden“. Dieser habe im Januar 1950 festgestellt, daß das chinesische Volk die Kominant-Regierung nicht mehr unterstütze. „Damals hatte Acheson ganz recht“, sagte Wjatschinski und forderte die Versammlung nochmals auf, die Vertreter der chinesischen

Amerikaner eroberten Waegwan

Marineinfanterie stößt in Vorort von Seoul vor — Nordkoreaner im Rückzug aus der Hauptstadt?

Tokio (UP). Mit beträchtlichen Geländegewinnen an fast allen Abschnitten des Posanbrückenkopfes haben die Verbände der Vereinten Nationen nunmehr auch in dem südlichen Teil der koreanischen Halbinsel die Initiative an sich gerissen. Gegen heftigen gegnerischen Widerstand setzten sich amerikanische Einheiten in den Besitz von Waegwan, einer der stärksten kommunistischen Bastionen im mittleren Frontabschnitt.

Auch Pohang, die hartumkämpfte Hafenstadt an der koreanischen Ostküste, scheint kurz vor dem Fall zu stehen. Südkoreanische Verbände drängen in die Vororte der zerstörten Stadt ein, die bereits mehrmals den Besitzer gewechselt hat.

An der Invasionsfront stießen Marineinfanteristen hinter einer Feuersperre von Schiffgeschützen und Jagdbombern bis nach Yongdungpo, einem Vorort von Seoul, vor und konsolidierten eine 13 km lange Hauptkampflinie am Westufer des Han gegenüber der früheren südkoreanischen Hauptstadt. Einheiten der ersten amerikanischen Marine-Division

haben den Han-Fluß schon an einer Stelle überquert. Verbände der 7. US-Division gingen inzwischen fächerförmig in südlicher Richtung gegen den wichtigen Eisenbahn- und Straßenknotenpunkt Suwon vor (13 km südlich von Seoul). Auf dem Flugplatz von Kimpo landete eine Flotte von „fliegenden Güterwagen“ und Skymasters mit Benzin und Munition zur Unterstützung der Fronttruppen. Trägerflugzeuge riefen einen kommunistischen Lastwagenkonvoi, der sich nach Norden aus Seoul abzusetzen versuchte, fast vollkommen auf. Nach Berichten von Aufklärungsflugern ziehen sich die Nordkoreaner in großen Gruppen aus Seoul zurück, um der Gefahr einer Einkreisung und Vernichtung durch die amerikanischen Marineinfanteristen zu entgehen.

Vom südlichen Frontabschnitt meldet die 35. Infanteriedivision, daß jeglicher kommunistischer Widerstand aufgehört habe. Unter Zurücklassung von Lastfahrzeugen, Geschützen, Munition und toten Soldaten versuche der Gegner in der Flucht zu retten, was noch zu retten sei.

Rote Fahne über Fort Dongkhe

Französisches Hauptquartier bestätigt Fall des Stützpunkts — Zunehmende Spannung in Indochina

Saigon (UP). Das Hauptquartier der französischen Streitkräfte bestätigte, daß das Fort Dongkhe von einer starken Abteilung Vietminh-Rebellen erobert wurde. Ein Aufklärungsflugzeug, das das Fort überflog, habe die rote Fahne mit dem goldenen Stern Vietminhs auf den Willen gesehen.

Das Schicksal der Garnison von Fort Dongkhe ist nicht bekannt. Es wird aber angenommen, daß die 500 Mann starke Garnison als verloren angesehen werden muß. Sie be-

stand aus zwei Kompanien der Fremdenlegion und einer Kompanie eingeborener Truppen.

Nach inoffiziellen Berichten führten französische Landtruppen, unterstützt von Fallschirmjägern, einen Gegenangriff. Über 1000 Mann französischer Fallschirmtruppen sollen aus Saigon nach Norden geflogen worden sein.

Weitere Meldungen von einem möglichen Großangriff der Vietminh-Aufständischen sind aus Kundschafterquellen eingelaufen. Diesen Berichten zufolge seien vier oder fünf Bataillone der Aufständischen ungefähr 40 km westlich des wichtigen französischen Stützpunktes Laokay in Tonkin konzentriert. Kommunistische Banden hätten systematisch alle Brücken auf der Kolonialstraße Nr. 4, dem Hauptverbindungswege zwischen den französischen Vorpostenstellungen entlang der chinesischen Grenze, gesprengt. Alle französischen Garnisonen entlang dieser Grenze sind in Alarmbereitschaft versetzt worden.

Nach Berichten aus Hanoi griffen aufständische Vietminh-Truppen die franz. Garnison Pakha an, die etwa 30 km von der chinesischen Grenze entfernt liegt. Die französischen Truppen haben die Vietminh-Gruppen zurückgeschlagen, rechnen aber mit weiteren Angriffen.

„Europa kein armer Vetter von USA“

Coudenhove-Kalergi auf der Parlamentarierkonferenz in Konstanz

Konstanz (UP). Auf einer öffentlichen Kundgebung der europäischen Parlamentarier-Union sprachen auf dem Marktplatz von Konstanz unter anderem der Generalsekretär Graf Coudenhove-Kalergi und mehrere Abgeordnete Österreichs, Italiens, Belgiens und Frankreichs.

Coudenhove betonte, daß Europa nach dem Zusammenschluß einen unerhörten Wirtschaftsaufstieg erleben werde und daß es nicht der „arme Vetter“ von Amerika zu sein brauche. Seine reichen Rohstoff- und Industriequellen würden ihm einen ausreichenden Wohlstand sichern, wenn die Grenzpläne erst einmal niedergezogen seien.

Der belgische Abgeordnete Bohy richtete in deutscher Sprache einen leidenschaftlichen Appell an die Versammlung, in dem er erklärte, daß keines der europäischen Länder allein leben könne und daß jedes nur eine Provinz des gemeinsamen Vaterlandes Europa sei. Sein Kollege Masereel erklärte, daß die Parlamentarier zwar mit Straßburg nicht voll zufrieden seien, daß aber Straßburg nun einmal bestehe und daß es verbessert werden und eine Lösung für Europa bringen könne. Er erinnerte an das Wort des französischen Staatsmannes Reynaud, der an den Kongress appelliert habe: „Wir haben vielleicht keine

Im russischen Sektor verhaftet

Westberliner Polizisten aus U-Bahn geholt

Berlin (UP). Wie das Westberliner Polizeipräsidium bekanntgab, wurden mehr als 20 Westberliner Polizisten, die mit der U-Bahn durch den russischen Sektor fahren, von Volkspolizisten verhaftet. Die Westberliner Polizisten befanden sich auf dem Wege zum Dienst oder auf dem Nachhauseweg und besaßen wie üblich die Untergrundbahnstrecke, die teilweise durch den russischen Sektor führt. Ein Grund für die Verhaftungen wurde bisher nicht genannt. Insgesamt sollen sich etwa 25 derartige Fälle ereignet haben.

Ein Sprecher der Westberliner Polizei erklärte, die Beibehaltung des Sowjetsektors hätten Polizeipräsident Stumm mitgeteilt, daß die verhafteten 25 Westpolizisten nach Freilassung der in Westberlin inhaftierten 6 Volkspolizisten ebenfalls entlassen würden. Die erwähnten sechs Volkspolizisten wurden bekanntlich bei der Durchfahrt durch Westberlin verhaftet.

Der Abteilungsleiter im Ministerium für Forst- und Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Döbling, und der Abteilungsleiter im Ministerium für Finanzen, Leininger, wurden auf Veranlassung der zentralen Kommission für staatliche Kontrolle wegen „Sabotage“ verhaftet. Beiden Abteilungsleitern wird vorgeworfen, beschlossene Gesetze hintertrieben und Verbindungen nach Westdeutschland und Westberlin unterhalten zu haben.

Vor einer

Konferenz der Verteidigungsminister

New York (UP). In diplomatischen Kreisen verlautet, daß der britische Außenminister Bevin und der französische Außenminister Schuman ihrem Kollegen Acheson vorgeschlagen haben, in New York eine Konferenz der Verteidigungsminister der drei Westmächte einuberufen. Eine endgültige Entscheidung sei zunächst noch nicht erfolgt. Man rechnet aber damit, daß der britische Verteidigungsminister Shinwell und der französische Verteidigungsminister Moch am Donnerstag in New York eintreffen, um dort mit dem neuen amerikanischen Verteidigungsminister Marshall über militärische Fragen zu verhandeln.

Wie United Press aus bester Pariser Quelle erfährt, hat Verteidigungsminister Moch Flugplätze nach New York auf einem Verkehrsflugzeug der Air France für Mittwoch früh belegt.

Der Militärausschuß des amerikanischen Senats billigte inzwischen die Ernennung General Marshalls zum Verteidigungsminister. Wie von nichtamtlicher Seite verlautet, sprachen sich acht Senatoren für und drei gegen seine Ernennung aus.

Wertet England das Pfund auf?

Zu den in verschiedenen Ländern seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchten über eine mögliche Aufwertung des britischen Pfundes erfahren wir aus westdeutschen Wirtschaftskreisen, diese Vermutungen stützten sich in der Hauptsache auf Berichte aus New York. Nach diesen Informationen herrscht an den amerikanischen Börsen seit einigen Tagen „starkes Interesse“ für englische Pfunde. Die angebotenen Beträge würden „relativ aufgekauft“. Obgleich gutunterrichtete Londoner Kreise diese Gerüchte als „grundlos“ bezeichnen, befürchten deutsche Wirtschaftler vor allem, daß im Falle einer derartigen Aufwertung Deutschland nicht die Gelegenheit erhalten würde, auch die DM aufzuwerten. Die gleichen Kreise meinen, daß die westliche Wirtschaft immer mehr in den Ausbau des Verteidigungssystems eingetieft werde. Großbritannien sei daher stark an dem steigenden Weltbedarf an Verbrauchsgütern interessiert, deren Produktion bei den vermehrten Verteidigungsvorbereitungen naturgemäß zurückgehe. Die gesteigerte Nachfrage werde aber bald auch zu höheren Preisen führen, die England nur durch eine Pfundaufwertung ausgleichen könne, wolle es nicht zu diskriminierenden Handelspraktiken — hohe Export- und niedrige Inlandspreise — greifen. Eine Pfundaufwertung würde auch die britischen Einfuhren aus dem Dollarsraum verbilligen, wenn die anderen Währungen stabil blieben. Für Deutschland hingegen ergäben sich Preissteigerungen für den Bezug von Rohstoffen aus dem Sterlinggebiet. England könnte unter diesen Umständen auf der anderen Seite, so wird befürchtet, deutsche Rohstoffe verbilligt beziehen.

Dr. Eckener versichert auf Ehrenbürgerschaft Friedrichshafen (UP). Dr. Hugo Eckener, hat seine Ehrenbürgerrechte an die Stadt Friedrichshafen zurückgegeben. Er hat den Bürgermeister ersucht, ihn aus der Liste der Ehrenbürger zu streichen. Dieser Schritt des weitbekannten Luftschiffers, eines der engsten Mitarbeiter des Grafen Zeppelin, ist auf eine Auseinandersetzung zwischen ihm und der Stadt Friedrichshafen um das Erbe der „Zeppelin-Stiftung“ zurückzuführen.

NEUES AUS ALLER WELT

Wegen unerlaubter Geschäfte

Amerikaner in Nürnberg verhaftet

Nürnberg (UP). Der amerikanische Leiter der Abteilung „Surplus Property“ beim Hauptquartier der US-Truppenversorgungsabteilung für Europa (EES) in Nürnberg, Mc Tavish, wurde durch die amerikanische Kriminalpolizei festgenommen. Mc Tavish wird beschuldigt, eine Scheinfirma unter dem Namen „Kaiser Pinguin“ gegründet und in Zusammenarbeit mit einigen deutschen Mitarbeitern hierbei unerlaubte Geschäfte in großem Umfang getätigt zu haben. Unter anderem soll er aus den Vereinigten Staaten Gefriermaschinen im Wert von etwa 60 000 DM bezogen und auf dem deutschen Markt weiterveräußert haben.

Brandstifter will im Kittchen überwintern

Frankfurt (H). Der Frankfurter Kriminalpolizei stellte sich ein 47jähriger Mann ohne festen Wohnsitz, der angeb, eine Brandstiftung, einen Fahrraddiebstahl und mehrere Wäschebetrübe begangen zu haben. Um eine Unterkunft für den Winter zu finden, habe er sich nunmehr der Polizei gestellt. Die Ermittlungen ergaben, daß er Anfang September 1950 in Ffirsch im Odenwald eine Scheune in Brand setzte, wobei das Feuer auf dem Bauernhof übergriff und ein Sachschaden in Höhe von 35 000 DM entstand. Er gab an, die Tat begangen zu haben, um sich an seinen

Mitmenschen zu rächen, die ihn in seinem bisherigen Leben schlecht behandelt hätten.

Miselhafter Leichenfund am Straßenrand

Wiesbaden (H). An der Landstraße zwischen Nordenstadt und Breckenheim im Main-Taunuskreis wurde eine unbekannte weibliche Leiche gefunden, deren Kopfverletzungen auf Gewaltwirkung durch Schläge bzw. darauf schließen lassen, daß die etwa Dreißigjährige von einem Kraftwagen angefahren wurde. Die Polizei entnimmt aus der Lage der Leiche, daß sie an den Fundort verbracht wurde, da Spuren eines schweren Lastkraftwagens gefunden wurden. Die Tote ist 1,50 m groß, schwächlich, hat länglich-schmales Gesicht, dunkelbraune gekräuselte Haare (Bubikopf) und braune Augen. Im Oberkiefer hat sie nur die Eckzähne, alle übrigen Zähne fehlen.

Nicht die Freundin, sondern ihre Tochter

Wiesbaden (H). Wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einem elfjährigen Mädchen wurde ein 31 Jahre alter Zimmermann aus Wiesbaden zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte hatte sich an dem Kind seiner Freundin vergangen und es später durch Drohungen so veranlaßt, daß es sich nach den ersten Vernehmungen vor der Polizei bei den zweiten Vernehmungen selbst der Unwahrheit beschuldigte.

Aus der Stadt Ettlingen

Reife Kastanien

„Jetzt, wo die Tage kühler werden,“ dachte der würdige Herr, während er über die Straße ging, „fühlt man erst so richtig, daß auch der Herbst des Lebens kommt. Die Kräfte lassen nach, so wie die Kraft der Sonne nachläßt — oh, das Rheuma. Und überhaupt...“ Weiter kam der alte Herr nicht mit seiner Sinniererei. Er verlor den Faden, als sein Fuß plötzlich an etwas Kleines, Hartes stieß, das vor ihm auf der Straße lag, braun und glänzend. Eine Kastanie! Ganz mechanisch hob er sie auf und steckte sie zu sich in die Rocktasche. Später, als der Alte auf einer Bank ausruhte, lag die Frucht in seiner Rechten, und er betrachtete sie lange, beinahe liebevoll. Wie er die Kastanie so anschaute, erstand plötzlich vor ihm ein großer Bau: die Schule, in die er einst gegangen. Es waren Tage wie heute, Herbsttage. Die Rosenzweige waren bis zum Rand gefüllt mit Kastanien. Man machte während der Vesperpausen richtigende Kastanienschichten, man hatte seinen Spaß daran, wenn die runde Frucht von Stufe zu Stufe hüpfte, das ganze Treppenhäuslein hinab. Einmal in der Zeichenstunde, ließ der Klassenlehrer eine Kastanie über die Schulbank hüpfen, und der Zufall wollte es, daß die Flugbahn gerade auf der Glatze des Zeichenlehrers endete. Das gab dann zwei Stunden Arrest für die ganze Klasse. Am schönsten war es aber, als die Klasse zum ersten Tabakkollegium, draußen am Waldrand, zusammentrat. Da erröten er mit einer Pfeife, deren Stiel aus Vaters alter Pfeifenkiste stammte, deren Kopf aber nichts anderes war, als eine kleine ausgehöhlte und getrocknete Kastanie. Seltsam schmeckte das. Aber immerhin — man hat geraucht und war stolz darauf, sich auch mit blauem Dampf einhüllen zu können wie die Erwachsenen. Der Alte zog seine Pfeife heraus und stopfte sie. Sie wollte ihm nicht so recht schmecken. Er hätte eigentlich gerne wieder in jugendlichem Übermut eine Kastanienspeise geraucht. Er wollte wieder so richtig jung sein. Da sah er, wie ein Blatt langsam vom Baum gewirbelt wurde, wie es der Wind noch einmal ein Stück höher trug, um es schließlich ganz fallen zu lassen. Und plötzlich spürte er sein Rheuma wieder.

Am Freitag Kreisrat

Im Sitzungssaal des Landratsamts in Karlsruhe findet am Freitag, 22. Sept., vormittags 8.30 Uhr, eine öffentliche Sitzung des Kreisrats statt. Mehrere Punkte der umfassenden Tagesordnung betreffen den Straßenbau, u. a. die Errichtung einer Verbindungsstraße Schluttenbach-Schöllbrunn. Außerdem werden Anschaffungen für das Kinderheim Steinbad und das Kreisaltersheim Weingarten beraten.

Jahrgang 1904/05 im BMD

Die sehr gut gelungenen Gruppenaufnahmen von Carl Albiker beim Jahrgangsausflug zum Zavelstein sind in der Buchbinderrei Karl Schneider (Albstraße) aufgelegt. Bestellungen werden dorthin umgehend erbeten.

Anhänger unbefeuert abgestellt

Gestern kurz nach 19 Uhr fuhr ein Lieferwagen auf der Karlsruhe Straße beim Lindscharren auf einen abgestellten unbefeuerten Lkw-Anhänger auf. Der Lieferwagen fuhr mit mäßigem Tempo, wurde aber durch den Zusammenstoß trotzdem stark beschädigt. Die Schuld dieses Unfalls trifft den Fahrer des abgestellten Lkw-Anhängers.

Hotel-Einbruch

Während der Nachtzeit drangen unbekannte Täter in ein Hotel im Albtal ein und entwendeten aus der Gaststube und der angrenzenden Küche Nahrungsmittel und Getränke in einem Gesamtwert von etwa 50 DM.

Kath. Familienabend der Spinnerei

Der Familienabend am Sonntag hatte unter der Einwohnerschaft einen großen Anklang gefunden, was der sehr gute Besuch bestätigte. Herr Johann Karle, Stiftungsrat, nahm die Begrüßung vor, dankte für den sehr guten Besuch und wünschte allen einige frohe Stunden. Das Jugendorchester unter Leitung von H. H. Kaplan Schmidt eröffnete den Programmreigen mit einem Musikstück. Nachdem Begrüßungsgedicht, vorgetragen von zwei Schulkindern und dem „Halleluja“, gesungen vom Kirchenchor St. Martin folgte das reichhaltige Programm. Es würde zu weit führen, jede einzelne Programmnummer hier wiederzugeben. Allen großen und kleinen Bühnenkünstlern, die dazu beitrugen, den Abend durch ihre Mitwirkung zu verschönern, sei auch von dieser Stelle aus herzlich gedankt. Der Kirchenchor und der Gesangverein „Sängerkranz“ umrahmten das reichhaltige Programm durch ihren reichhaltigen Liederschatz. Die Ansprache des H. H. Stadtparens, die ganz auf den Abend abgestimmt war, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Am Schluß des Programms angelangt, verlas Herr Wilhelm Becker, Ettlingen, die Urkunde, die sich in der Kugel über der Turmspitze befindet, und die Unterschriften von Herrn Direktor Pöb, H. H. Stadtpfarrer Weick und Herrn Kirchenrat Huß trägt. Nach dem offiziellen Teil blieb man noch ein Stündlein gemütlich beisammen und trennte sich in dem Bewußtsein, einen schönen Abend miterlebt zu haben, der noch lange in Erinnerung bleiben dürfte.

„Baden darf sich nicht selbst aufgeben“

Landtagspräsident Person über die Benachteiligung Badens in den Staatsvertrags-Verhandlungen. Baden niemals vom deutschen Schicksal zu trennen

In der Ansprache, die Landtagspräsident Dr. Person (CDU) im Anschluß an Senatspräsident Weller am Samstag in der Ettlinger Stadthalle hielt, ging der bekannte südbadische CDU-Politiker von dem schmerzlichen Gefühl aus, das er bei der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wegen der Zerreißung Badens empfand. Als die amerikanischen Besatzungsteile wegen einer Zusammenlegung Nordbadens mit Nordwürttemberg sondierten, hätten gewisse nordbadische Wirtschaftskreise geantwortet, die Einordnung unter Stuttgarter Leitung sei das Zweckmäßigste. Ähnliche heute südweststaatlich denkende Kreise hätten in Südbaden mit dem Gedanken gespielt, die Zollgrenze bis zum Schwarzwald zurückzuziehen. Schon 1918 hätten solche Elemente einen separatistischen Sonderfrieden aus rein wirtschaftlichen Gründen vorgeschlagen, ohne die anderen staatsbildenden Faktoren zu berücksichtigen. Ein solches Ressortdenken wirtschaftlicher oder militärischer Art dürfen wir heute nicht mehr zulassen.

1946 habe sich Stuttgart erstmals an Tübingen und Freiburg gewandt und die Zusammenlegung von Württemberg und Baden als wichtig erklärt. In Tübingen wünschte man dagegen die Wiederherstellung von Württemberg und in Freiburg habe die SPD als Antwort geschrieben, daß die Zerreißung Badens zu bedauern sei und seine Einheit wie früher gewünscht werde. Dies sei eine Voraussetzung für fruchtbarere Diskussionen über den Südweststaat. Dann sei es bis etwa August 1948 ruhig geblieben.

Dr. Person nahm auch zu dem Argument Stellung, Baden sei eine Gründung Napoleons. Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts Württemberg und Baden durch Napoleon Landzuwachs erhielten, da habe Stuttgart es sich ein Stück Geld beim Kaiser kosten lassen, um möglichst viel zu erlangen, während Baden keinen Sondervertreter hatte. Aus den Akten gehe hervor, wie man sich in Baden über die Dickköpfigkeit des württembergischen Vorgehens in unserem Land empörte. Man könne also aus jener Zeit keine Gründe für den Südweststaat ableiten, denn Württemberg habe sich viel stärker auf Napoleon gestützt als Baden.

Bei der ersten Besprechung auf dem Hohen Neuffen 1948 habe Stuttgart 55 Vertreter des Südweststaats aufgeführt, während aus Oberbaden nur 4 Vertreter eingeladen wurden. Diesen habe man einreden wollen, Baden sei verloren, aber in einer internen württembergischen Denkschrift sei auffallenderweise gesagt worden, daß Württemberg Baden wegen seiner Energie brauche. Als die Badener Vertreter daraufhin stutzig wurden, habe man ihnen heftige Vorwürfe gemacht. Bei den Karlsruhe Besprechungen am 24. August 1948 habe Stuttgart die Landeshoheit gefordert. Die Eats der 4 Landesbezirke sollten durch den Stuttgarter Hauptstadl begrenzt werden. Die in Württemberg-Baden übliche Aufteilung 60 zu 40 Prozent sei aber nicht zurecht, denn Nordbaden sei zu 32%, Württemberg nur zu 18% zerstört. Stuttgart mache allerlei Versprechungen, z. B. für die Autobahn nach Basel. Der Staatsvertrag sollte ein Bestandteil der Verfassung des Südweststaats werden. Aber von württembergischen Abgeordneten sei die Absicht geäußert worden, gemeinsam darauf hinzuwirken, daß Zusatz an Baden nicht realisiert werden und Ministerpräsident Dr. Maier bezeichnete die Karlsruhe Beschlüsse nur als Empfehlungen ohne bindende Kraft. Südbadens Vorsicht habe in Stuttgart viele üble Schmähungen gegen Freiburg und Staatspräsident Wohleb ausgelöst.

Aus den Staatsvertragsverhandlungen wurde also nichts. Freiburg war für eine gemeinsame beratende Versammlung, falls für die Beschlüsse die Mehrheit der badischen Abgeordneten zogen hätte. Aber dieses selbstverständliche demokratische Recht wurde verweigert. Südbaden wünscht, daß gleichberechtigte Partner verhandeln. Zu der oft gehörten Behauptung, daß Ba-

den nicht allein bestehen könne, bemerkte Dr. Person, daß aus Südbaden für mehr als eine Milliarde Werte herausgeholt worden sind. Das Defizit sei dem von Südwürttemberg angeglichene worden. Es bestehe nur, weil Südbaden erheblich mehr Kriegsverletzten- und Hinterbliebenenfürsorge bezahlt als die anderen Bundesländer.

Die von Senatspräsident Weller dargelegten wirtschaftspolitischen Argumente ergänzte Landtagspräsident Dr. Person mit dem Hinweis auf eine Technikerversammlung, auf der für die um Stuttgart zentralisierte Industrie Energie vom badischen Hochrhein gefordert wurde. Es sei aber besser, erst unsere eigene, durch die Folgen von Versailles zu kurz gekommene Industrie auszubauen, ehe wir Rohenergie an Nachbarländer abgeben. Wären wir nicht so begehrt, dann würden sie uns bestimmt nicht helfen, aber hinterher soll von Stuttgart befohlen werden. Es gebe zu denken, wenn der württembergische Innenminister Ulrich 1949 gesagt habe, Württemberg werde seinen natürlichen Führungsanspruch mit Müdigkeit handhaben. Auf solche gegenüber Vorhaben sollten wir aus Selbstschutz verzichten. Wenn sich Baden jetzt nicht selbst aufbe, sondern mit Mehrheit für die Wiederherstellung ausspreche, dann könne niemand über dies Votum hinwegsehen. Ließe es sich aber in die Minderheit drängen, dann sei dies eine unabänderliche Entscheidung. Als vor Jahrzehnten die badischen Wasserkraft ausgebaut werden sollte, da habe sich Württemberg nicht dafür interessiert, so daß Baden mit den rheinisch-westfälischen Werken zusammenarbeitete. Wenn jetzt nachträglich Württemberg die Oberhoheit anstrebe, dann sollten wir das ablehnen. Wenn wir uns nicht selbst verloren geben, dann wird Baden weiter bestehen.

Zur Diskussion meldeten sich zwei Sprecher, von denen einer noch einige südweststaatliche Argumente zurückwies, während der andere als Heimatvertreter zu einer Bemerkung von Senatspräsident Weller Stellung nahm, weil er sie als Drohung aufgefaßt hatte. Es gebe nicht nur den einen Flüchtlingsverband und auch dieser könne die Stimmabgabe für den Südweststaat nicht vorschreiben. Senatspräsident Weller stellte eindeutig klar, daß er keinerlei Drohung ausgesprochen habe und daß seine ganze Sympathie den Vertriebenen gelte.

In seinem Schlußwort ging Landtagspräsident Dr. Person noch auf die Behauptung ein, die „Schwarzen“ wollten in Baden regieren. In Wahrheit sei aber 1918-33 Baden das Musterland der Koalition mit der SPD gewesen. Ein „schwarzes“ Übergewicht wäre nur entstanden, wenn man Südbaden und Südwürttemberg zusammengeschlossen hätte. In diesem Zusammenhang machte Dr. Person interessante Mitteilungen über die von der Regierung Wohleb scharf abgelehnte separatistischen Bestrebungen. In einer Denkschrift von 1946 seien 6 unabhängige Republiken zur Aufteilung Deutschlands vorgeschlagen worden, von denen eine der Südweststaat sein sollte. Mit Billigung von Stuttgart wurde der separatistische Plan „Alpenvorland“ entwickelt, aber Freiburg lehnte diese Brücke Paris-Wien ab. Dann sei die „Union der Mitte“ mit fremden Geldern propagiert worden. In der südbadischen Verfassung habe sich die Regierung Wohleb zur Traditionsfolge für ganz Baden verpflichtet, was auch von Oberbürgermeister Tooper anerkannt worden sei. Niemals lasse sich Baden vom deutschen Schicksal trennen und deshalb stimmte Freiburg im Gegensatz zu Südwürttemberg und Bayern geschlossen für das Bonner Grundgesetz. Auch der SPD-Ministerialdirektor Mersdorff (Freiburg) habe kürzlich Südbaden als das sozial fortschrittlichste Land des Bundes bezeichnet und auf dieser soliden Grundlage bleibe Baden auch in Zukunft vor politischen Erschütterungen bewahrt.

Versammlungsleiter Engelmann dankte den beiden Rednern und den zahlreichen Zuhörern, die er aufforderte, am 24. September die Pflicht für Baden zu erfüllen.

Aus dem Albgau

Tödlicher Unfall

Langensteinbach. In Auerbach stürzte am Samstagabend der 54 Jahre alte Jakob Göhringer beim Absteigen von seinem Fahrrad so unglücklich in die Futtersense, daß dieselbe ins Herz ging und der Tod sofort eintrat.

Für rege Wahlbeteiligung

Schöllbrunn. Unter dem Protektorat von Bürgermeister Ochs hielten die Badener am Sonntag eine Versammlung ab, die gut besucht war. Die Zuhörer stimmten begeistert den Ausführungen Dr. Lauingers zu und brachten zum Ausdruck, daß sie für eine rege Wahlbeteiligung und eine große Mehrheit für Baden besorgt sein wollen. Noch Stunden nach der Versammlung saßen die Freunde des badischen Gedankens beisammen und diskutierten über die Wahl am nächsten Sonntag.

Für die Erhaltung Badens

Schluttenbach. Die von den Badenern einberufene Versammlung im Gasthaus zum „Hirsch“ wurde von Gemeinderat Theodor Becker geleitet. Die Veranstaltung zeigte ei-

Verbands-Nachrichten

Deutscher Gewerkschaftsbund
Vorortskartell Ettlingen

Am Freitag, 22. Sept., nachm. 15 Uhr, findet im Saal des „Darmstädter Hof“ (Sternengasse) in Ettlingen eine Betriebsräte-Schulung statt. Der Gewerkschaftsvorsitzende vom Kreis Karlsruhe, Kollege Pietsch, hat das Referat übernommen und wird über Durchführungsbestimmungen zum Gesetz 736 und über die gewerkschaftlichen Forderungen zur Frage der Selbstverwaltung bei den Versicherungskörperschaften sprechen. Daran anschließend findet eine allgemeine Aussprache statt. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Schulung ist die Teilnahme der Betriebsräte von Ettlingen und dem Albtal unbedingt erforderlich und wird um pünktliches Erscheinen gebeten.

Demokratische Volkspartei

In dem Bericht über die DVP-Rathausfraktion muß die Unterschrift statt Deutsche Volkspartei richtig „Demokratische Volkspartei“ heißen.

Arbeitergesangverein „Eintracht“

Wir machen unsere Sängler darauf aufmerksam, daß die nächste Singstunde nach den Ferien am Donnerstag, 28. Sept., stattfindet.

Gesangverein „Sängerkranz“ Spinnerei

Die Singstunde in dieser Woche findet Ausnahmeweise schon heute, 20. Sept., um 20 Uhr statt. Erscheinen aller Sängler ist Pflicht. Neuanmeldungen erwünscht.

nen guten Besuch. Die Ausführungen des Referenten Engelmann über die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, die für die Erhaltung des Landes Baden in der früheren Form sprächen, nahm die Versammlung begeistert auf. Wie in der Diskussion mehrfach zum Ausdruck gebracht wurde, könnten die Schluttenbacher des Südweststaat-Versprechens leicht widerstehen und würden ihre Treue und Anhänglichkeit zu Baden am 24. Sept. unzweideutig zum Ausdruck bringen. Nach der anregenden und interessant verlaufenen Versammlung stimmten die anwesenden Männer und Frauen das Badenerlied an.

Begeisterung für Baden

Salzbach. Am Sonntagabend trafen sich die Anhänger Altbadens im Gasthaus zum „Grünen Baum“. Bürgermeister Lumpp eröffnete die Versammlung und begrüßte die Gäste. Dr. Lauinger (Spessart) sprach über die Bedeutung der Wahl und der Verpflichtung der Badener, ihrem Heimatland die Treue zu halten und nicht den Sirenen gesungen der Südweststaatler zu folgen. Die Ausführungen lösten bei den Anwesenden starke Begeisterung aus.

Todesfall

Spessart. In der Nacht vom Sonntag zum Montag starb hier Frau Johanna Fang, geb. Martus. Die Verstorbene war die jüngste Tochter unseres langjährigen 1. Hauptlehrers und Schulleiters Ludwig Martus und erreichte ein Alter von 46 Jahren. Ein heimtückisches Leiden hatte ihrem noch verhältnismäßig jungen Leben ein Ende gesetzt. Auf ihr Mann trauern ein Kind sowie mehrere Geschwister um die Dahingeschiedene. Seit frühester Jugend bis heute gehörte Frau Fang dem kath. Kirchenchor an.

Bauern fordern höheren Butterpreis

Der Zentralausschuß der deutschen Landwirtschaft trat in seiner Sitzung anläßlich des Weinbaukongresses in Bad Kreuznach dafür ein, daß die im Frühjahr mit Rücksicht auf die Butterschwemme verfügte Ermäßigung des Butterpreises ab Molke von 5,20 DM auf 4,80 DM rückgängig gemacht wird. Die Voraussetzungen für die damalige Preissenkung seien nicht mehr gegeben.

Morgensandachten

„Glauben Sie an einen Gott?“ An den Samstagen des Monats Oktober spricht Dompräbendar Dr. Karl Bedor, Freiburg, von 6.30 bis 7.00 Uhr zu dem Thema „Glauben Sie an einen Gott?“ In den Morgensandachten des Südwestfunks. Die Ansprachen werden von musicalischen Darbietungen bekannter Kirchenchöre umrahmt.

Mg. Dr. Wuestenberg im Südwestfunk

Zu den brennendsten Fragen unserer Gegenwart zählt das Verhältnis des Menschen von heute zum Glauben. Der Südwestfunk erörtert dieses Problem in drei Vorträgen, die Monsignore Dr. Bruno Wuestenberg, Rom, die Monsignore Dr. Bruno Wuestenberg, Rom, halten wird. Der erste Vortrag über „Glauben und Wissen“ gelangt am Donnerstag, den 5. Oktober, von 23.15-23.30 Uhr, zur Sendung.

Evang. Krankengottesdienst im Südwestfunk

Am Mittwoch, 27. Sept., von 9.30 bis 10.00 Uhr, sendet der Südwestfunk den ersten evang. Krankengottesdienst. Die Sendung erfolgt aus dem Diakonissenhaus in Freiburg, die Ansprache an die Kranken hält Diakonissenpfarrer Lutz Dreher, Freiburg.

Aufgaben der evang. Gemeindegewerkschaft

Über das vielseitige Aufgabengebiet und über die segensreiche Tätigkeit der evang. Gemeindegewerkschaft berichtet eine Sendung des Südwestfunks am Dienstag, 26. Sept., von 7.20 bis 7.30 Uhr. Die Sendung erfolgt in der Reihe „Aus Arbeit und Beruf“.

Ettlinger Filmschau

„Die Wölfe von Kansas“

Seit gestern läuft dieser spannende Wildwestfilm über die Leinwand der Ettlinger Union-Lichtspiele.

Der Streifen beginnt in einer zweifelhaften Bar. Beim Verlassen der Bar wird der Goldsucher Pete ermordet und des Kaufvertrags für eine reiche Schürfstelle beraubt. In dem kleinen Provinzstädtchen bekriegen sich Gangster und Bürger. Die Zentrale der Gangster befindet sich in der Paradies-Bar bei der hübschen Belle Langthry. Im Städtchen geht es drunter und drüber, bis ein neuer Sheriff mit Gewalt wieder Herr der Lage wird. Die Bande der Paradies-Bar hat keine Macht mehr in der Stadt. Da beschließt sie, als letzten Coup einen Goldtransport zu überfallen. Bei dem anschließenden Feuergefecht werden die Reihen der Banden stark gelichtet. Der Rest zieht sich in die Paradies-Bar zurück und wird dort vollständig aufgerieben.

Die Hauptdarsteller in diesem Film, der bis einschließlich Donnerstag gezeigt wird, spielen William Boyd, Russel Hayden, Andy Clyde, Evelyn Brent und Victor Brent. Jugendliche zahlen in der Nachmittagsvorstellung halbe Preise.

Letzte Meldungen

Der kanadische Vorschlag der Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Frage, wer China vertreten soll, wurde mit 42 gegen 9 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Die Wahl des neuen Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen brachte das folgende Ergebnis:

Kasrollah Entezam (Delegierter Iran) 32 Stimmen, Sir Zafrullah Khan (Außenminister Pakistans) 22 Stimmen, Vilem Siroky (Außenminister der CSR) 4 Stimmen und Stefan Wierblowsky (Polen) 1 Stimme.

Ein badischer Rohstoff-Pionier

Karlsruhe. Die Fakultät für Natur- und Geisteswissenschaften der Technischen Hochschule Fridericiana hat Ministerialrat Erich Neumann (Karlsruhe), der vor kurzem das 75. Lebensjahr vollendete, die Würde eines Dr.-Ing. e. h. verliehen, in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Erschließung der mineralischen Rohstoffe Badens, insbesondere des oberrheinischen Kalialzotorkomplexes, der nordbadischen Erdölfelder und der badischen Eisenerzlagstätten sowie um die Förderung der wissenschaftlichen und geologischen Erforschung des badischen Landes.

Wirtschafts-Nachrichten

Unabhängige Bundesbahn gefordert

Für eine autonome Bundesbahn setzte sich am Dienstag in einer Verlautbarung das Präsidium des westdeutschen „Bundes der Steuerzahler“ ein. Der Bund fordert ein Bundesbahngesetz, das die Eisenbahnen mit einer „straffen Führung an der Spitze“ vereinigt.

Keine generelle Preiserhöhung für Radios

Zu den in letzter Zeit vielfach geäußerten Vermutungen über eine bevorstehende Erhöhung der Preise für Rundfunkempfänger teilt die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Rundfunkwirtschaft mit, daß von einer generell geplanten Heraufsetzung der Preise nichts bekannt sei.

Sportnachrichten der EZ

TuS Ettlingen, Abt. Handball

KTV 46 — TuS Ettlingen 2:13 (2:7)

Obwohl unsere Mannschaft ersatzgeschwächt gegen den KTV antreten mußte, gelang es ihr, einen weiteren überlegenen Sieg zu erringen. Bei etwas mehr konzentriertem Schußvermögen hätten noch mehr Tore fallen müssen. Aber die Mannschaft brauchte dieses Mal eine ziemlich lange Anlaufzeit. Nach 15 Minuten stand das Spiel immer noch 1:1, ehe sie die erspielte Feldüberlegenheit auch in Tore umsetzen konnte.

Auch die Jugend, die gegen den spielstarken TSV Rühlheim antrat, erspielte sich einen 10:6-Erfolg, obwohl sie bei Halbzeit noch mit 5:1 Toren im Rückstand lag.

AH — Beiertheim AH 10:16

Schüler — Beiertheim Schüler 4:5

TuS Ettlingen, Abt. Fußball

Malsch II — TuS Ettlingen 1:4 (1:3)

Dieses Spiel fand bereits am Samstagnachmittag auf dem Platz des FV Malsch statt. Unsere Mannschaft zeigte wohl das bessere Können, doch liefen die Kombinationen nicht so reibungslos wie in den letzten Spielen. Viel Schuld daran hatte allerdings der überaus unebene und glitschige Boden, der allen Spielern zu schaffen machte.

bringen konnte, die den verdienten Sieg sicherstellen.

Am nächsten Sonntag tritt auf dem Wiesen die Elf der FrT Mörsch an. Näheres in der Samstagausgabe.

Frankonia Stupferich — FC Busenbach 2:5

Busenbach. Mit einer stattlichen Anhängerschar reiste der FC am Sonntag nach Stupferich und was niemand zu hoffen wagte, gelang der Elf. Mit 5:2 Toren wurde der Gastgeber eindeutig geschlagen.

B. übernahm sofort das Kommando und krochte alsbald gefährlich vor dem St. Heiligentum auf. Doch in der Hast wurde mehr als einmal wieder das Schießen nicht. Die 2 Gegentore selbst hätten vermieden werden können (Händelfmeter und Strafstoß).

Oberweiler Am vergangenen Sonntag konnte die heimische Fußballmannschaft in Sulzbach einen schönen 1:4-Sieg erringen.

Langensteinbach. Am Sonntag spielte als Gast Grünwettersbach gegen unsere Elf. G. fand sich nicht zusammen, so daß die Gäste 10 Treffer ins Tor erhielten, L. 2. Das Spiel war kein Genuß.

Marktpreise vom 20. 9. 1950

Table with market prices for various goods like apples, oranges, and meat. Columns include item names and prices.

Table with exchange rates for various currencies like New-York, London, Paris, etc.

Wettervorhersage

Am Mittwoch meist stark bewölkt und zeitweise leichter Regen. Kühl mit Höchsttemperaturen zwischen 15 und 18 Grad.

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Allgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. Druck und Anzeigen-Annahme: A. Graf, Ettlingen.

Hühneraugen KUKIROL advertisement with logo and text describing the product.

Ein Zimmer erzählt advertisement for wallpaper and interior design.

STADT.BEKANNTMACHUNGEN

Volksbefragung am 24. September 1950. Die Benachrichtigungskarten für die Volksbefragung am 24. September 1950 wurden den wahlberechtigten Wählern und Wählerinnen der Stadt Ettlingen zugestellt.

Heute Schlachttag im Badischen Hof, Ettlingen advertisement for a butchery.

Advertisement for Leonhard Koch and Elisabeth geb. Haller.

ZUKAUFEN GESUCHT advertisement for a kitchen stove.

Nachtstuhl zu kaufen gesucht advertisement.

STELLENANGEBOTE advertisement for a position in a brewery.

ZU VERKAUFEN advertisement for an AEG sewing machine.

ZU VERMIETEN advertisement for a room for rent.

Bewahre Deine Seimattreue und lies die Ettlinger Zeitung advertisement.

GRÜNKREIS ERZEUGNIS ALAXO Magen Darm advertisement.

Heute Schlachttag im Gasthaus zum Kreuz advertisement.

Doppelbriefbogen advertisement for stationery.

Morgen ist es zu spät! advertisement for a film.

Atompilote von Hiroshima warnen vor neuem Krieg advertisement.

TITO - Rebell gegen Hitler und Stalin advertisement.

Anzeigen-Annahme-Schluß advertisement for advertising space.

AUS DER BUNTEN WELT

VOR 50 JAHREN:

Aufstieg des ersten Zeppelin-Luftschiffs

Graf Zeppelins erste Flugversuche über dem Bodensee

50 Jahre sind verfloßen, seit Graf Ferdinand von Zeppelin (1838-1917) im Juli 1900 mit seinem ersten lenkbaren Luftschiff zum ersten Male am Bodensee in die Lüfte gestiegen ist. Dies denkwürdige Ereignis im Jahre der Jahrhundertwende gibt uns Anlaß, auf die ersten Flugversuche des alten Grafen zurückzublicken und die weitere Entwicklung seiner ersten Luftschiffe zu verfolgen.

Um das Werk dieses vielseitig begabten, ungemessen aktiven Mannes voll zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Graf Zeppelin seine Erfindertätigkeit im Dienste des Luftschiffbaus erst mit 52 Jahren begonnen, also zu einer Zeit, da er schon eine bedeutende Laufbahn als Offizier und Diplomat hinter sich hatte. Es war im Jahre 1890, als er aus dem Militärdienst im Range eines Generals der Kavallerie ausschied. Damit hatte der 52jährige Graf den Weg für sein eigentliches Lebenswerk und lange gehegte Lieblingsidee, das lenkbare Luftschiff, frei. Wenn auch Graf Zeppelin durch Studium und seine militärische Laufbahn über die nötigen technisch-wissenschaftlichen Grundlagen als Voraussetzung seiner Erfindertätigkeit verfügte, so vergingen doch immer noch 10 volle Jahre, bis das erste Zeppelinmodell im Jahre 1900 starten konnte, wobei der Versuch zwar gelang, aber ohne praktische Verwertung blieb.

In diesen arbeitsreichen Jahren begann für Graf Zeppelin zugleich die Duldertlaufbahn des Erfinders. Gerade das Neue an seinem Projekt, das starre System, stieß überall auf ungeheuren Widerstand, wurde von allen Seiten bekämpft und fand überall Mißtrauen, wohnin sich der Graf auch wandte. Überall schüttelte man die Köpfe. Selbst die amtlichen Stellen des Reiches hatten sich auf einen völlig vernichtenden Standpunkt gestellt, so daß ihm nur noch der Weg in die Öffentlichkeit blieb. Aber auch dieser führte zu keinem Ziel. Ja sogar maßgebende Stellen warnten davor, in irgend welcher Weise die phantastischen Pläne des „verrückten Grafen“ zu fördern. Unerwartete Hilfe fand aber Zeppelin bei dem Verein deutscher Ingenieure, der am 30. Dezember 1896 einen warmen Aufbruch zu Gunsten des Zeppelinschen Projektes erließ. Er war von Erfolg. Es gründete sich eine „Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt“ mit einem Grundkapital von 800 000 Mark, wovon allerdings 400 000 Mark, also die Hälfte der Summe, der Graf hatte selbst beisteuern müssen.

Auf dem Bodensee, in der schwimmenden Halle von Manzell, konnte 1899 mit dem Bau des ersten Zeppelins begonnen werden, der im Juli 1900 fertiggestellt war. Das Luftschiff war für die damaligen Zeiten von riesigen Ausmaßen: bei einer Länge von 128 Metern und einem Durchmesser von 11,70 Metern hatte es einen Gasraum von über 11 000 cbm, der sich auf 18 gasgefüllte Hüllen verteilte. Zwei kleine Daimler-Benzinmotoren mit je 15 Pferdestärken und 4 Zylindern waren die einzige Antriebskraft.

Am 2. Juli 1900, kurz nach 8 Uhr abends, war „LZ“, das erste lenkbare Luftschiff, unter dem Jubel einer vieltausendköpfigen Menge in das Reich der Lüfte aufgestiegen. Die Versuchsfahrt über dem Bodensee dauerte nur 17 Minuten und verlief wenig glücklich. Die Karbel des Laufgewichtes war gebrochen, die Gefahr des Überschlagens wurde damit möglich. Man hatte alle Aufmerksamkeiten nur darauf zu lenken, allzu großen Neigungen des

Luftschiffes rechtzeitig zu begegnen. Trotz alledem hatte Graf Zeppelin mit seiner ersten Fahrt unter seiner persönlichen Führung mit nur 5 Personen Besatzung die Richtigkeit seines genialen Gedankens unter Beweis gestellt. Und trotz aller späteren Veränderungen und Verbesserungen waren die Grundprinzipien jenes ersten Schiffes: der starre Körper aus leichtem Metall, seine Form, die Einteilung in viele Gaszellen, der getrennte Antrieb in mehreren Gondeln und vieles andere bis zu den letzten Zeppelin-Typen unverändert dieselben geblieben!

Nach unliebsamen Zwischenfällen und mancherlei durch die erste Versuchsfahrt bedingten Änderungen wurde das Luftschiff am 17. Oktober zum zweiten Male aus der Halle gezogen. Diesmal konnte das Schiff schon 1 1/2 Stunden in der Luft bleiben, bis sich wieder ein Unfall ereignete, das hinterste Steuer hatte sich in der Ballonhülle verfangen.

Vier Tage später ging „LZ“ zum dritten Male in die Höhe und blieb mehrere Stunden oben. Auch dieser dritte Aufstieg brachte Hemmungen und Enttäuschungen aller Art, zeitigte aber zugleich die für den Erfinder erfreuliche Tatsache, daß bereits eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 8 Metern in der Sekunde erreicht werden konnte. 1901 mußte die Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt aufgelöst werden, da ihre Mittel völlig ausgebraucht waren. In dieser Situation versuchte es der Graf noch mit einem letzten Notruf, der aber ungehört verklang. Nun mußte der Schweregeprüfte, der, wo er auch anpöchte, überall verschlossene Herzen und Türen fand, mit eigener Hand sein Luftschiff zerstören und die Halle abtragen, das Material verkaufen!

Nun wurde es wieder tiefste Nacht, nirgends ein Hoffnungsstern. Nirgends durfte Zeppelin ein gutes, tröstendes und aufmunterndes Wort hören, überall nur Feinde und Spötter rings-

um. In dieser finanziellen Not erwies sich der letzte württembergische König so ziemlich als der einzige Freund, zugleich als eine der wenigen führenden Persönlichkeiten, die die großartige Bedeutung des Zeppelinschen Projektes erkannten. Der König suchte dem Grafen die Wege zu ebnen, wo er auch konnte, und vermittelte ihm die Erlaubnis zur Abhaltung einer Lotterie. In allen Bundesstaaten wurde der Vertrieb der Lose gestattet, nur nicht in Preußen, dessen ablehnendes Verhalten der Zeppelinsache gegenüber von Anfang an dem Grafen nur Schwierigkeiten bereite. Die Mittel, die bei der Lotterie eingingen, reichten nicht aus und erst als der Erfinder selbst wieder mit einer großen Summe einsprang, konnte 1904 mit dem Bau des zweiten Luftschiffes begonnen werden.

Am 17. Januar 1906 hatte man am Bodensee erstmals wieder das Schauspiel eines Luftschiffaufstieges. Aber auch diesem zweiten Schiff schielte das Glück nicht zu. „LZ II“ stieg, als es losgelassen wurde, gleich viel zu hoch und wurde, da die Steuerung versagte, fortgetrieben. Ein Motor mußte abgestellt werden, das Schiff trieb über Land ab und mußte bei Källegg im Allgäu notlanden. Bei Nacht trat ein schwerer Sturm auf, der dem Schiff schwere Beschädigungen zufügte. Wiederum, wie schon einmal, mußte Graf Zeppelin den Befehl geben, sein Schiff zu zertrümmern!

Wiederum waren alle Mittel erschöpft. Selbst sein eigenes Volk hatte den Glauben an Graf Zeppelin verloren. Keine Hand wollte sich mehr für ihn rühren, mehr hatte mehr den Mut, für ihn in die Schranken zu treten. Da stand ihm wieder sein König, der immer schon große Stücke auf ihn gehalten hatte, hilfreich zur Seite. Eine neue Lotterie ermöglichte sofort den Bau eines neuen Luftschiffes, das schon in dem letzten Septemberwochen 1906 aufstieg.

„LZ III“ brachte dem Grafen endlich den erwünschten und ersehnten Erfolg. Mit einer Geschwindigkeit von 14 Metern in der Sekunde konnten in zwei Stunden schon 100 km bewältigt werden. Damit war, wenn auch spät,

doch noch zur rechten Zeit, ein Wendepunkt im Schaffen des Grafen Zeppelin zum Besseren eingetreten. Jetzt fehlte es nicht mehr an Anerkennung. Durch eine Lotterie, die nun auch in Preußen genehmigt wurde, und durch eine Reichsbefehl von 500 000 Mark konnten endlich die Mittel zur Fortsetzung der Zeppelinschen Versuche beschafft werden.

Mit seinem vierten Luftschiff gewann Graf Zeppelin den Glauben des ganzen deutschen Volkes. Als ihm nach der glänzenden verlustlosen Dauerfahrt vom 4. August 1908, die über Basel, den Rhein entlang, über Straßburg bis Mainz und zurück nach Stuttgart geführt hatte, bei Echterdingen, wo er wegen eines Motorendefektes hatte landen müssen, ein Gewittersturm das Luftschiff fortriß und eine Explosion es vernichtete — als selbst seine engsten Mitarbeiter und Freunde glaubten, daß nun des Grafen Pläne endgültig vernichtet seien, da setzte eine beispiellose Bewegung in Deutschland ein. Sie war so gewaltig und aufrührend, daß man sie nach den Worten Dr. Eckerners „als ein Stück großer Geschichte des deutschen Volkes bezeichnen kann“. Die Begeisterung für den alten Grafen und sein Luftschiff war erstaunlich und fand bekanntlich den sichtbarsten Ausdruck in der Nationalspende von mehr als 6 Millionen Mark, die innerhalb weniger Tage nach der Katastrophe in Echterdingen vom deutschen Volke aufgebracht wurden.

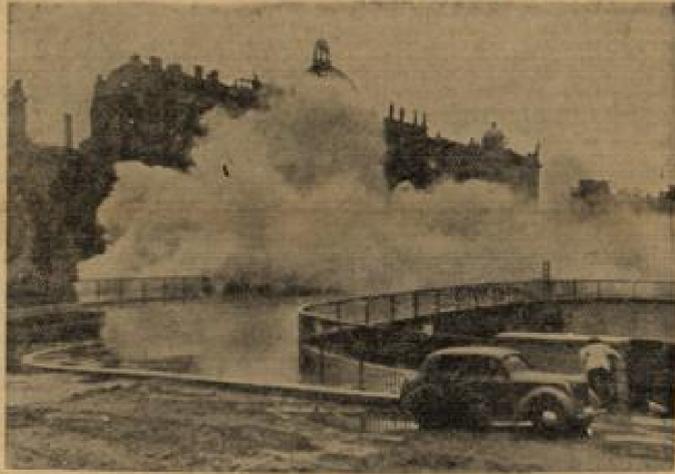
Das Unglück auf der Fliderobene, das nach menschlichem Ermessen wirklich das Ende des Zeppelinschen Traumes hätte bedeuten sollen, brachte die entscheidende Wendung in der weiteren Entwicklung der Zeppelinschen Idee. Von nun an war der schon 70 Jahre alte Graf aller wirtschaftlichen Nöte enthoben und konnte seine Aufgabe und sein Werk weiterführen in Erfüllung eines langersehten Traumes der Menschheit. Er wurde der Stolz des deutschen Volkes und wird es über das Grab hinaus bleiben. „Sein Glaube“, so steht auf Zeppelins Grabmal auf dem Stuttgarter Frägfriedhof, „hat ihm geholfen“.

Der Sieg der Maschine

Kleine Statistik über Menschen, Tiere, Maschinen und Güter

Amerikanische Statistiker haben sich vor kurzem einmal damit befaßt, in einer kleinen Statistik aufzuzeigen, welchen Anteil die Maschine seit dem Jahre 1850 in immer steigendem Maße an der Produktion von Gütern nimmt, und in welchem Maße die benötigte Arbeitskraft von Menschen und Tieren absinkt.

Die Statistik ist lehrreich, denn sie zeigt, welchen Sieg die Maschine davongetragen hat. Sie zeigt zugleich aber auch das große Problem der Menschheit, daß immer mehr Güter produziert werden, während man andererseits immer weniger Menschen braucht, um sie herzustellen. Das Beispiel ist in den „A“ errechnet. 1850 brauchte man, um Güter im Wert von 27 Cents je Stunde zu produzieren, 15 Prozent menschlicher, 79 Prozent tierischer und 6 Prozent maschineller Arbeitskraft, 1900 wurden je Stunde Güter im Werte von 56 Cents produziert. Der Anteil des Menschen betrug jedoch nunmehr 10 Prozent, jener der Tiere 52 Prozent und jener der Maschinen schon 38 Prozent. 1930 hatte sich das Bild noch weiter verschoben: nun wurden Güter im Werte von 82 Cents je Stunde produziert. Der Anteil der menschlichen Arbeitskraft betrug jedoch nur noch 4 Prozent, jener der Tiere 12 Prozent, während die Maschine 84 Prozent lieferte.



Berliner Stadtschloß wird gesprengt

Dieser Tage wurde mit Sprengungen am Berliner Stadtschloß zur der Sprengung begonnen. Als erster Teil des durch Kriegseinwirkungen beschädigten großen Komplexes wurde der Apotheker-Flügel, der älteste Teil des Schlosses gesprengt. Unser Bild zeigt die Explosionswolke um den Apotheker-Flügel unmittelbar nach der Sprengung.

Die sieben Wunder der Welt

Was stellen sie dar? - Existieren sie noch?

Sieben Kunstwerken und Bauten, die durch ihre Größe und Pracht alle anderen in den Schatten stellen, ist im Altertum der Name „Sieben Wunder der Welt“ verliehen worden. Man konnte sich damals nicht vorstellen, daß es in menschlicher Macht stünde, die Wunder durch Größeres und Besseres zu übertreffen, noch, daß die Kunstwerke je untergehen könnten. Was aber ist heute noch von der vielgerühmten Pracht der „Sieben Weltwunder“ übriggeblieben?

Man hört oder liest ja häufig von den Weltwundern, meist dann, wenn von einem „neuhinzugekommenen“ Wunder die Rede ist. Aber selbst dann, wenn die eigentlichen Weltwunder noch bestünden, würde vielleicht weder ein Kalb mit zwei Köpfen, ein Riesemensch oder die Pygmalien, noch das Empire State Building mit den Bauwerken des Altertums in Konkurrenz treten können. „Weltwunder“ bedeutete nicht nur, daß es sich um etwas ganz Wunderbares handelte, sondern daß diese Werke auch die Bewunderung der ganzen Welt hatten und wohl heute noch haben würden — wenn man sie noch erblicken könnte.

Leider ist es aber so, daß nur eines der sieben Weltwunder noch Kunde gibt von der Kunst und der Arbeit vergangener Jahrhunderte. Von den sechs anderen Wundern weiß man nur durch zahlreiche Chronisten, das noch bestehende Weltwunder sind die Pyramiden Ägyptens, unter ihnen vor allem die von Gizeh. Aus zahlreichen Abbildungen, sogar auf Briefmarken, sind die Pyramiden wohl jedermann ein Begriff. Die Pyramide von Gizeh, alle anderen weit überragend, stellt tatsächlich ein Wunder dar, denn durch Jahrtausende erhielt sie sich unversehrt. In stolzer Unberührtheit gewährt sie einen überwältigenden Eindruck von der Baukunst der alten Ägypter. Pyramiden sind Königsgräber, Mausoleen, in deren Innerem die gleichfalls völlig unversehrten Mumien (präparierte Leichen) alter ägyptischer Herrscher ruhen. Wahr-

scheinlich ließ jeder König bei seinem Regierungsantritt ein hohe, schmales und stumpfe Pyramide errichten, eine sogenannte Mastaba, welche jedes Jahr mit einer Schicht aus Luft- oder Badesteinen umkleidet wurde, von denen die untere immer breiter war als die darauffolgende. Die Zahl solcher Pyramiden-schichten ergab dann die Zahl der Regierungsjahre eines Königs.

Die große Pyramide von Gizeh, nach ihrem Erbauer die Cheops-Pyramide genannt (Cheop herrschte von 2661 bis 2667 v. Chr.) hat gewaltige Ausmaße: sie ist 227,5 Meter lang und 137,18 Meter hoch. Dieses Weltwunder birgt heute noch Geheimnisse für uns, da die mathematischen Berechnungen, die ihrem Bau zugrundegelegt wurden, noch nicht eindeutig geklärt werden konnten.

Die „hängenden Gärten der Semiramis“ sind Weltwunder Nummer zwei. Wir können uns von dieser einzigartigen Anlage nur schwache Vorstellungen machen, da von ihr, wie ja von fast allen Weltwundern, nichts auf unsere Zeit überkommen ist, als der sagenhafte Ruf. Ausgrabungen, die man an Euphrat und Tigris vorgenommen hatte, vermittelten ein allerdings ungenügendes Bild jener Parkanlagen, die auf den Terrassen und Dächern des babylonischen Königspalastes angelegt waren. Diesen sicherlich sehr üppigen und farbigen Gärten verdankt die um 800 v. Chr. lebende Herrscherin Semiramis nicht zuletzt ihren Ruhm.

Ein Verbrechen vernichtete vor langer, langer Zeit das dritte Weltwunder, den Tempel der griechischen Göttin Artemis, der Schwester Apollons, in Ephesus. Nachdem der Bau, der an prächtiger Ausstattung und Größe seinesgleichen nicht gehabt haben soll, sein 1000jähriges Bestehen gefeiert hatte, wurde er im Jahre 356 v. Chr. von dem Griechen Herostrat angezündet. Dieser Mensch machte so seinen Namen nicht durch eine gute oder große Tat bekannt, sondern durch ein rachsüchtiges Verbrechen, das uns mit der Gewalt des Feuers den Anblick eines architektonischen Wunderwerkes raubte. Einer der berühmtesten Bildhauer des Altertums, deren es in der Blüte der schöpferi-

schen Künste zahlreiche gab, war der Grieche Phidias, dessen Werkstatt viele herrliche Kunstwerke verließ. Als sein bestes und größtes Werk schuf er ein Standbild des Zeus, des Herrschers des Olymp. Acht Jahrhunderte lang stand dieses vierte Weltwunder der Alten im heiligen Hain der Tempelstätte zu Olympia in Griechenland. Die vielen tausend Wallfahrer, die zu der Götterstatue strömten, vorbeistiehl die Kunde von der überirdischen Schönheit des Kunstwerkes über die ganze Welt. Eine Feuersbrunst machte auch vor dem heiligen Bildnis nicht halt und scherte es ein, so daß nur der Name „Zeus des Phidias“ die einstige Größe und Bedeutung andeutet.

Die Bezeichnung „Mausoleum“, auch heute noch gebräuchlich für Grabstätten oder Gedenkmäler, verdankt ihren Ursprung dem König von Artemisia, Mausolos. Dessen wohl sehr beliebten und berühmten Herrscher wurde im 4. Jahrhundert v. Chr. ein besonders großes und prunkvolles Grabmal errichtet, das dann Mausoleum genannt wurde. Das Mausoleum zu Halikarnass, ebenfalls in Ephesus (Griechenland), war das fünfte Weltwunder. Es muß seinerzeit alle Grabdenkmäler der Antike, deren es so manchen schönen und prunkvolles gab, durch Glanz und Reichtum übertroffen haben. Ein schweres Erdbeben verschüttete das Mausoleum; später vernichteten Kreuzritzer vom Orden der Johanniter dieses einstige Weltwunder völlig.

Dem Namen nach sehr bekannt ist auch noch das sechste Weltwunder der Antike, der Kolos von Rhodos. Die Insel Rhodos, Hauptpunkt des Mittelmeerhandels der Alten, wird ja oft in dem Ausspruch genannt: „Hic Rhodos, hic salta“ (Hier ist Rhodos, hier springe), womit man einem Aufschneider bedeuten will, er möge an Ort und Stelle seine Wunderthaten beweisen, nicht erzählen, was er an einem fernem Ort geleistet habe. Der Kolos von Rhodos war eine neben dem Hafeneingang errichtete Kolossalstatue des griechischen Gottes Apollo. Schon ein halbes Jahr-

hundert nach seiner Vollendung stürzte dieses Wunderwerk, vor allem wegen seiner überdimensionalen Höhe berühmt, bei einem Erdbeben ein.

Als siebtes und letztes Weltwunder sei der einst vielbestaunte und berühmte Leuchtturm auf der Insel Pharos bei Alexandria genannt. Der „Pharos zu Alexandria“ bezeichnete den Schiffen die Einfahrt in den Hafen; das Feuer des Leuchtturmes soll über eine Entfernung von 50 km sichtbar gewesen sein. Aber nicht allein wegen dieser für die damalige Zeit sehr beachtlichen Leuchtkraft wurde das Bauwerk als Weltwunder bezeichnet, sondern auch deshalb, weil der Turm ganz aus Marmor erbaut war und die stattliche Höhe von 120 Metern hatte. Nur das unterste Geschoß blieb bis in die neuere Zeit erhalten. Die Türken richteten ein Kastell darin ein, das jedoch vor einigen Jahrzehnten dem Erdboden gleichgemacht wurde.

So ist es also nur die Pyramide von Gizeh, die als letztes Weltwunder Kunde gibt von der Pracht, Größe und Herrlichkeit der verunkennbaren Bau- und Kunstwerke. Wir heutigen Menschen können angesichts der Entdeckungen in Tibet und im Himalaja, angesichts der erstaunlichen Erfindungen, die gemacht wurden, angesichts des Eiffelturmes und anderer Riesengebäuden nur schwer glauben, daß die Werke des Altertums gewaltiger gewesen sein sollten. Ihr Zerfall aber ist uns ein Beweis für die Wahrheit der Worte: „Nichts währet ewiglich“ — was von Menschenhand geschaffen wurde.

Fußgänger im Straßenverkehr. In Schweden unternimmt man zur Zeit Versuche mit Leuchtverkehrszeichen für Fußgänger. Durch Drücken eines an Übergangsstellen angebrachten Schaltknopfes wird ein rotes Lichtzeichen betätigt. Dieses leuchtet lange genug, um die Überquerung der Straße zu gestatten und wechselt dann auf orange und grün. Voraussetzung ist allerdings, daß die Fußgänger den Schaltknopf erst dann betätigen, wenn der stärkste Fahrzeugverkehr gerade vorüber ist.

Umschau in Karlsruhe

50 Millionen für sozialen Wohnungsbau
 Karlsruhe (Swb). Die badische Landeskreditanstalt in Karlsruhe hat für den sozialen Wohnungsbau in Nordbaden im Rechnungsjahr 1950 rund 50 Millionen DM vorgesehen, von denen bereits 40,8 Millionen DM bewilligt wurden. Von den Geldern entfallen auf die Stadt- und Landkreis Karlsruhe 11,9 Millionen DM, Heidelberg 6,5 Millionen DM, Mannheim 15,4 Millionen DM, Pforzheim 5,3 Millionen DM und auf Bruchsal 3,3 Millionen DM. Die Kreise Buchen, Mosbach, Sinsheim und Tauberbischofsheim erhielten zusammen 8 Millionen DM. Für den sozialen Wohnungsbau in Südbaden stellte die Landeskreditanstalt im Rechnungsjahr 1950 insgesamt 52 Millionen DM zur Verfügung.

Großer Festakt in Karlsruhe am 8. Oktober
 Karlsruhe (Swb). Wie wir bereits kurz mitteilen, wird das ehemalige großherzogliche Palais in Karlsruhe, in dem künftig der Bundesgerichtshof untergebracht sein wird, am 8. Oktober von Bundespräsident Heuss übergeben werden. Zu dem Festakt werden auch Bundeskanzler Dr. Adenauer, Bundesjustizminister Dr. Dehler, die Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden und Südbaden, Dr. Maier und Wohleb, sowie die Justizminister aller Länder der deutschen Bundesrepublik erwartet. Im Anschluß an den Festakt wird Dr. Dehler in den Sälen der staatlichen Kunsthalle einen Empfang geben.

Interessante vorgeschichtliche Funde
 Sch. Karlsruhe. Bei Baggerarbeiten wurde in einer Kiesgrube der Landkreismunde Leopoldshafen der vollständig erhaltene Unterkiefer eines Waldelafanten aufgefunden, der in vorgeschichtlicher Zeit als Vorläufer des Mammuts in der dortigen Gegend lebte. Der Unterkiefer hatte ein Gewicht von annähernd 80 Pfund. Gleichzeitig fand man auch noch den Zahn eines Nashorns. Ein gleicher Zahn wurde hier bereits schon vor einiger Zeit bei Entwässerungsarbeiten zutage gefördert. Die Funde wurden dem Landesdenkmalamt in Karlsruhe, Abt. Ur- und Frühgeschichte, überwiesen.

Wegen schwerer Kuppel in Haft
 Karlsruhe (SWK). In einer Landgemeinde um Karlsruhe wurde ein 64jähriger Mann wegen schwerer Kuppel in Haft genommen. Verschiedenen Fürsorgezöglingen aus einem Erziehungsheim hatte er ermöglicht, bei seiner Tochter zu übernachten. Ferner wird dem Manne Begünstigung vorgeworfen, weil er einigen Zöglingen Beistand leistete, obwohl er wissen mußte, daß diese sich auf der Flucht aus dem Heim befanden.

Aus der badischen Heimat

Zahlen des Länderfinanzausgleichs
 Was die Länder erhalten und geben sollen
 Freiburg (Lfd). Der augenblicklich in Bonn zur Debatte stehende Entwurf zum Länderfinanzausgleich sieht, wie „Lfd“ aus dem badischen Finanzministerium erfährt, unter anderem vor, daß das Land Baden 15 Millionen erhält, Rheinland-Pfalz werden 32 Millionen zugesprochen, Bayern 36 Millionen, Niedersachsen 91 und schließlich Schleswig-Holstein 105 Millionen. Zu den gebenden Ländern gehören Württemberg-Hohenzollern mit vier Millionen, die Städte Bremen und Hamburg mit insgesamt 60 Millionen, Hessen mit 12, Nordrhein-Westfalen mit 118 und Württemberg-Baden mit 70 Millionen. Diese Zahlen können sich im Verlaufe der folgenden

Verhandlungen noch ändern, in ihrer Tendenz dürften sie aber gleichbleiben.

Starker Fremdenverkehr in Baden
 bpd. UBERLINGEN — Der Geschäftsführer des badischen Fremdenverkehrsverbandes erklärte in Markdorf, die Saison des Jahres 1950 habe die Erwartungen in hohem Umfang erfüllt. Der Sommer als ein bis vier Millionen Übernachtungen gebracht. Im Schwarzwald und am Bodensee seien während der Hauptreisezeit alle Betten belegt gewesen. Die badische Regierung habe zugesagt, die Bestrebungen des Fremdenverkehrsverbandes noch stärker als bisher zu unterstützen.

Soll Bad Wimpfen bei Hessen bleiben?
 Sinsheim (Swb). Der Gemeinderat von Bad Wimpfen will durch eine Abstimmung eine Entscheidung über seine endgültige staatsrechtliche Zugehörigkeit herbeiführen. Der Gemeinderat hat sich mit einem entsprechenden Antrag an die Innenminister von Hessen und Württemberg-Baden gewandt. Bei der Abstimmung sollen folgende Fragen gestellt werden: „Wünschen Sie, daß Bad Wimpfen weiterhin staatsrechtlich und damit auch verwaltungsmäßig dem Lande Hessen

Schulfragen im Landtagsausschuß

Die neuen Stundentafeln für höhere Schulen

Stuttgart (Swb). Der kulturpolitische Ausschuß des württembergischen Landtags befaßte sich mit den neuen Stundentafeln für die höheren Schulen, die nach einem am gleichen Tage veröffentlichten Erlaß des Kultusministeriums für das am 4. September begonnene Schuljahr gelten sollen. In den Stundentafeln ist die für die einzelnen Fächer notwendige Wochen-Stundenzahl vorgeschrieben. Die Zahl der Wochenstunden ist in den meisten Fächern vermindert worden. Fest in den Lehrplan wurde die Gemeinschaftskunde aufgenommen.

Der Ausschuß begrüßte in einer bei Stimmenthaltung der KPD-Abgeordneten angenommenen Entscheidung die Aufnahme der Gemeinschaftskunde als Unterrichtsfach, die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl und die grundsätzliche Einführung der 50-Minuten-Stunde in den Oberschulen. Der Ausschuß hat andererseits das Kultusministerium, Englisch auch im altsprachlichen Zug I unverzüglich wieder als Pflichtfach einzuführen und die Notwendigkeit der Einführung von Musik und Kunst als Pflichtfächer in allen Oberschulen nochmals zu überprüfen, Arbeitsgemeinschaften sollen auf solche Fächer beschränkt werden, die nicht schon in den Pflichtstunden in besonders starkem Maße berücksichtigt sind. Der Ausschuß hält es ferner für notwendig, in den beiden Landesbezirken eine einheitliche Regelung für alle gleichartigen Oberschulformen herbeizuführen, der Selbstverantwortung der Schulleiter nach Anhören der Elternschaft in angemessenem Umfang Raum zu geben und den künftigen Charakter der Arbeitsgemeinschaften im Hinblick auf Zeugnisgebung und Bewertung bald festzulegen.

Der kulturpolitische Ausschuß erklärte sich ferner mit der Entscheidung des Kultusministeriums einverstanden, daß im 5. und 6. Schuljahr der Lehrplan in allen Schulgattungen gleichartig gestaltet werden soll. Damit finden Schulen im 5. und 6. Schuljahr sowohl in den Volksschulen als auch in der höheren Schule den gleichen Lehrplan.

Konferenz auf dem Petersberg
 Um das aufgehobene Landtagswahlgesetz
 Stuttgart (Swb). Die vom württembergischen Landtag erbetene Besprechung mit dem Rat der alliierten Hohen Kommission

zugehört? Oder: „Wünschen Sie, daß Bad Wimpfen staatsrechtlich dem Land Württemberg-Baden eingegliedert und dem Landkreis Sinsheim bzw. dem Landkreis Heilbronn angeschlossen wird?“ Die Einwohner von Bad Wimpfen dürfen nach dieser Anordnung der inneren Verwaltung in Karlsruhe nicht an der Abstimmung über den Südweststaat teilnehmen, da Wimpfen immer noch staatsrechtlich zu Hessen gehöre. Das hessische Staatsministerium hatte sich in dieser Frage an das Staatsministerium in Stuttgart gewandt, um auf dieses staatsrechtliche Kuriosum hinzuweisen.

Vertreter der Innenministerien gegen eine Bundespolizei
 Konstanz (Gk). Die Sicherheitsreferenten der Innenministerien der Bundesländer sprachen sich auf einer Tagung in Konstanz, wie aus Teilnehmerkreisen verlautet, gegen eine Bundespolizei aus. Sie vertraten die Auffassung, daß die geplante Bereitschaftspolizei den Länderinnenministerien unterstellt werden müsse. Auch andere Polizeifragen wurden behandelt. Entsprechende Empfehlungen werden den Länderkabinetten zur Beschlußfassung vorgelegt.

über das von diesem vorläufig aufgehobene Landtagswahlgesetz soll am Freitag auf dem Petersberg stattfinden. Eine entsprechende Mitteilung des amerikanischen Landeskommissariats ging am Dienstag beim Staatsministerium und beim Landtag ein. Der Abordnung des Landes werden voraussichtlich Justizminister Dr. Beyerle (CDU), Innenminister Ulrich (SPD), Landtagspräsident Wilhelm Keil (SPD) und die Abgeordneten Wiedemeyer (CDU), Möller (SPD) und Dr. Hausmann (DVP) angehören. Ministerpräsident Dr. Maier kann an der Besprechung nicht teilnehmen, da er am Freitagabend auf einer Südweststaatskundgebung in Stuttgart sprechen wird.

Kommunisten werden aus allen Regierungsstellen entfernt
 Stuttgart (Swb). Zu dem Beschluß der Bundesregierung, alle Mitglieder und Anhänger der kommunistischen Partei aus Regierungsstellen zu entfernen und die Landesregierungen um ein gleiches Vorgehen zu ersuchen, erklärte der württembergische Ministerpräsident Dr. Maier, Württemberg-Baden werde diesem Wunsch nachkommen. Die Zahl der Kommunisten im württembergischen Staatsdienst sei verschwindend klein. Im höheren Dienst seien überhaupt keine Kommunisten vorhanden.

Millionenschlebung aufgedeckt
 Göppingen (Gpd). In dem Verdacht, große Mengen Benzin, Autoreifen, Ersatzteile und Schrottmaterial, alles Eigentum der Besatzungsmacht, im Werte von über einer Million Mark verschoben zu haben, steht ein leitender Angestellter des Crane Rebuild Shops in Ulmingen. — In einem anderen Zusammenhang hat das amerikanische Magistrategericht in Göppingen einen deutschen Angestellten des Crane Rebuild Shops wegen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und zu einer Geldstrafe von 1200 Mark verurteilt. Der Angeklagte hatte einen Krankenwagen an eine Autoverwertung verkauft. Der Besitzer dieser Autoverwertung, ein 54jähriger Alt-eisenhändler, wurde für acht Monate ins Gefängnis geschickt und hat außerdem 2500 DM Strafe zu bezahlen.

Ein aufschlußreicher Hinweis

bpd. MANNHEIM — In der letzten Versammlung der Mannheimer Arbeitsgemeinschaft der Bodener machte der Redner des Abends, Landtagsabgeordneter und Reg.-Direktor Adolf Kühn, die vielbeachtete Mitteilung, daß der frühere Mannheimer Oberbürgermeister Braun nur deshalb nicht Nachfolger des verstorbenen Finanzministers Dr. Köhler im Amte des Landesbezirkspräsidenten geworden ist, weil er kurz vorher — Braun ist Ingenieur — in einer sehr klar formulierten Eingabe an die Stuttgarter Regierung im Interesse der Mannheimer Wirtschaft vor einer Weiterführung des Neckarkanalbaus gewarnt hatte. Der in der Versammlung anwesende sozialdemokratische Landtagsabg. Fischer bestätigte diesen Hinweis des Abg. Kühn.

Drei Minuten für die Badener

bpd. HEIDELBERG — Der Vorsitzende der Landesgruppe Unterbaden der Arbeitsgemeinschaft der Badener, Dr. Birk, wurde von Radio Stuttgart aufgefordert, in einem Referat zur Frage der Neuordnung der Ländergrenzen Badens und Württembergs zu sprechen. Bei seinem Eintreffen wurde ihm mitgeteilt, daß für sein Referat allerhöchstens drei Minuten zur Verfügung ständen. Frotzte Dr. Birk, blieben erfolglos, sodaß nur die Möglichkeit bestand, aus der Fülle der Fragen einen Punkt zu behandeln, nämlich die Majorisierung Badens durch Württemberg.

180 Interessanten

bpd. HEIDELBERG — Trotz Hunderten von Plakaten in und um ganz Heidelberg und ununterbrochener Werbung durch Lautsprecherwagen waren zu einer Versammlung der Vereinigung „Südwest“ mit ihrem Generalsekretär Lehr, Freiburg, nur 180 Interessenten erschienen. Der Versammlungsleiter nannte daraufhin die Versammlung in einer „Stadtserversammlung“ um.

Tendiert Pforzheim nach Württemberg?

bpd. PFORZHEIM — Die Behauptung, Pforzheim sei mehr im schwäbischen als im badischen Raum verurzelt, wird durch eine vor kurzem in Ludwigsburg herausgekommene Statistik widerlegt. Danach stammen von den Pforzheimern die Hälfte von auswärts nach Pforzheim zur Arbeit kommen, 74 Prozent aus dem Badischen und nur 26 Prozent aus dem Württembergischen. Auch von den Pforzheimern, die auswärts ihren Arbeitsplatz haben, fahren zwei Drittel nach Baden und nur ein Drittel nach Württemberg.

Sie trinken nur schwäbischen Wein

bpd. OFFENBURG — Bei einem Besuch des Offenburger Stadtrates in Ulm versuchte der Offenburger zweite Bürgermeister, Dr. Schenkel, und der Offenburger Hoteller Schimpf, beim Mittagessen im Ratskeller eine Offerte vom bekannten Andrea-Wein zu machen. Die Wirtin lehnte trotz des günstigen Preisangebots mit der Bemerkung ab, die Schwaben würden nur schwäbischen Wein trinken.

Arbeitermangel bei der badischen Landwirtschaft

bpd. FREIBURG — Im Oberland fehlen nach einer Mitteilung des badischen landwirtschaftlichen Hauptverbandes in jedem landwirtschaftlichen Betrieb von zehn und mehr Hektar Fläche mindestens eine Arbeitskraft. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften sei weit größer als die Zahl der Arbeitslosen.

In Stuttgart — Plakate gegen den Südweststaat

bpd. STUTTGART — Über das vergangene Wochenende sind in Stuttgart Plakate angeklebt worden, die sich gegen den Südweststaat aussprechen. Nach dem Polizeibericht sind die Plakate „von unbekanntem Täter“ angeschlagen worden.

Edmund Sabott: Der Angeklagte schweigt . . .

Copyright by Verlagshaus Eretlingen GmbH & Späher

9. Fortsetzung.
 Es wurde Lönne nun klar, weshalb Hartung ihn haßte: Nach seiner Meinung wurde Irene durch seine Liebe besudelt. Es war vertrieben, verrückt, krankhaft, und es fiel Lönne schwer, dem zynischen, geistvoll frohen Hartung solchen Gefühlsüberschwang zuzutrauen. Aber Irene zeigte ihm Briefe, die alles bestätigten. Einestweilen hielt Hartung sich in Berlin auf, und niemand wußte, was er dort tat und wovon er lebte. Ansehend lebte er aber gut. Er verlangte kein Geld mehr und gab vor, für einen ausländischen Industriellen als Privatsekretär zu arbeiten. Näheres war darüber nie zu erfahren, und später breitete Hartung über diese Episode seines Lebens ein auffälliges Schweigen.

Lönne heiratete, als seine Firma ihm in Berlin einen Posten als Verkaufsleiter gab. Ungefähr ein halbes Jahr danach erschien Hartung plötzlich bei ihnen und sah ein wenig verwahrlost aus. Seine Gesundheit schien erschüttert. Irene erschrak darüber. Sie hatte ihn seit lauzen nicht gesehen und gemeint, er lebe in guten Verhältnissen. Mit seiner Arbeit für den unbekanntesten Ausländer war es vorbei, Ueber die Gründe äußerte er sich nicht. Für die nächste Zeit fand er Unterschlupf in Lönnes Wohnung.

Das Zusammenleben mit ihm ließ sich besser an, als Lönne erwartete. Hartung fand in einer pharmazeutischen Fabrik in Adlershof eine Stellung als Laborant und gab zu keinem Klagen Anlaß.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Lönne sich auch noch in dieser Zeit von Hartung ge-

haßt fühlte, gab dieser eine zurückweichende Antwort. Er wisse es nicht. Es sei immer sehr schwer oder gar unmöglich gewesen, aus Hartungs Gefühlen klug zu werden. Seinen Worten durfte man nicht trauen. Er war nicht gerade ein notorischer Lügner, aber für ihn galt das Wort eines Staatsmannes, der einmal gesagt hatte, die Worte seien dazu da, seine Gedanken zu verbergen.

Hartungs Benehmen änderte sich, als Irene das Kind erwartete. Sie verheimlichte es ihm solange wie möglich. Als er es dann doch erfuhr, machte es ihn fassungslos, und seine absonderliche, krankhafte Geistesverfassung zeigte sich bei dieser Gelegenheit besonders deutlich. Irene kam ihm entweiht, entheiligt, entehrt vor. Er behandelte sie dementsprechend, aber dieses Gefühl des Widerwillens gegen sie wandelte sich bald in Mitleid, und er überhäufte sie mit dem zartesten Aufmerksamkeiten. Seine Sorge um sie äußerte sich derart, daß es Lönne zu viel wurde und er ihm nahelegte, sich vorläufig ein anderes Unterkommen zu suchen. Hartung mietete sich in der Nachbarschaft ein möbliertes Zimmer, rief aber täglich in Lönnes Abwesenheit an, um sich nach dem Befinden seiner Schwester zu erkundigen. Auf diese überschwänglich geäußerten Sorgen führte Lönne es zurück, daß Irene in diesen letzten Wochen von Todesahnungen verfolgt wurde.

Besonders deutlich wurde ihm das, als sie ihn eines Abends in feierlicher Form bat, sich ihres Bruders anzunehmen und über ihn zu wachen, falls sie sterben sollte. „Ich weiß, du wirst mich nie vergessen“, sagte sie zu ihm, „aber du wirst nur dann so an mich denken, wie ich es möchte, wenn du Ernst immer beibehältst. Tu es um meinetwillen und um der Eltern willen. Ich will dir dafür immer dankbar sein. Und wenn unser Kind dir Freude macht, vergiß nicht, daß ich diese letzte Bitte an dich gehabt habe: achte auf ihn!“

Er mußte es ihr versprechen, war aber ärgerlich, weil er seinem Schwager die Schuld

gab an diesen Todesängsten. Er suchte Hartung an einem Tage auf, um ihn zu veranlassen, seine Mitleidsanrufe einzustellen, traf ihn aber nicht an. Seine Wirtin sagte, es wäre schwer, ihn überhaupt jemals anzutreffen. Er führe ein wüdes Leben, habe sich mit zweifelhaften Freunden und Freundinnen umgeben und schone Geld im Ueberfluß zu haben.

Lönne teilte seiner Frau hiervon nichts mit. Bis zuletzt glaubte sie, ihr Bruder lebe nur in sorgenden Gedanken an sie. Sie sah ihn nicht mehr. Kurz nach der Geburt erlag sie einer unerwartet auftretenden Herzschwäche.

Lönne machte eine Pause. Sein Blick glitt in den Zuschauerraum, über diese glerig lauschende Menge, und er schien nachträglich darüber zu erstaunen, daß er vor diesen unbekanntem Menschen das Schmerzlichste enthielt hatte, das ihm im Leben widerfahren war. Seine Blicke blieben auch sekundlang auf Charlotte ruhen. Zum erstenmal fühlte sie sich offen vor ihm angesehen. Ein mattes, fast schlichternes Lächeln glitt um seine Lippen, dann senkte er wieder die Augen.

Der Vorsitzende mußte ihn ermahnen, fortzufahren. „Wie benahm Hartung sich nun, als er von Ihnen erfuhr, daß seine Schwester gestorben war?“

„Von mir erfuhr er es überhaupt nicht. Er rief in der Klinik an, und einer der Aerzte teilte es ihm mit. Als ich abends nach Hause kam, hockte er auf der Treppe. Ich erschrak bei seinem Anblick, denn ich hatte nicht an ihn gedacht. Er war völlig entstellt, förmlich geschüttelt von seinem Haß und rasend vor Schmerz. Er drängte sich in meine Wohnung, und es kam zu dem widerlichsten Auftritt, den ich je erlebt habe. Er nannte mich den Mörder seiner Schwester und sagte mir wörtlich, für ihn sei es genau so, als hätte ich sie mit meinen Händen umgebracht. Sie müssen bedenken, daß ich selber verstört war an diesem Tage, daß ich mich hundert- und tausendmal gefragt hatte, ob nichts verflumt worden war, den Tod von meiner Frau abzuwenden. Und

da kam er nun und nannte mich einen Mörder. Ich fürchte, es fehlte nicht viel, dann wäre ich an diesem Abend einer geworden — aber ich ihm!“

Henius runzelte ärgerlich die Brauen, als diese unvorsichtige Bemerkung fiel, und blickte rasch zum Staatsanwalt hinüber. Auch dem war nicht entgangen, was Lönne gesagt hatte. Er lob den Bleistift empor, mit dem er gespielt hatte, und schrieb eilig etwas auf den Bogen, der vor ihm lag.

„Schließlich endete es damit“, sagte Lönne, „daß ich ihn hinauswarf. Zwei Wochen lang sah ich ihn nicht. Er nahm auch an der Beisetzung nicht teil, aber ich fand mehrfach Blumen auf dem Grab, die wahrscheinlich von ihm stammten.“

„Es ist doch eigentlich verwunderlich“, bemerkte Wohlfahrt, „daß Sie Hartung nach dieser schlimmen Auseinandersetzung doch bei sich aufnahmen.“

„Ich hatte meiner Frau ja mein Wort gegeben, und zwar unter besonders feierlichen Umständen. Auch die Eltern meiner Frau, die zur Beisetzung nach Berlin gekommen waren, baten mich um dasselbe. Und etwa zwei Wochen nach dem Tode meiner Frau kam Hartung zu mir und bat mich um Verzeihung. Er entschuldigte sich mit seinem Schmerz, seiner tiefen Erschütterung, er fand Worte, wie er sie immer fand, ob sie nun ehrlich gemeint waren oder nicht — Worte also, die mich überzeugten, er wolle friedlich mit mir leben im gemeinsamen Andenken an die Tote, die ich geliebt, und die er verehrt hatte wie keinen anderen Menschen sonst auf der Welt.“

Heute war Lönne der Ansicht, daß er sich hätte überhüpfeln lassen. Zweifel an Hartungs Aufrichtigkeit kamen ihm bald, aber er unterdrückte sie. Immerhin konnte er sich nicht frei machen von dem Argwohn, Hartung habe sich ihm nur genähert, um einen günstigen Augenblick für eine Vergeltung abzuwarten. Er wollte den Tod seiner Schwester rächen.

Fortsetzung folgt.